



**Bezirksregierung Münster
- Regionalplanungsbehörde -**

**Regionalplan Münsterland
Sachlicher Teilplan Kalkstein**

**Protokoll der Erörterung des Entwurfs
des Sachlichen Teilplans Kalkstein des Regionalplans Münsterland
am 07.02.2018 in der Bezirksregierung Münster**

Herr Schmied begrüßte die Anwesenden. Er wies darauf hin, dass es sich um einen Behördentermin handele, zu denen ausschließlich die Vertreter der Verfahrensbeteiligten und deren Berater zugelassen seien. Etwaig anwesende Vertreter der Presse oder Privatpersonen wurden gebeten, die Veranstaltung zu verlassen.

Nach einem kurzen Rückblick auf bisherige Verfahrensschritte erklärte er, Ziel des Erörterungstermins sei es, den sog. Meinungsausgleich herzustellen. Grundsätzlich gehe die Regionalplanungsbehörde davon aus, dass ein Meinungsausgleich mit den vorgetragenen Anregungen und Bedenken vorliege, wenn

- ein Verfahrensbeteiligter zu den versandten Ausgleichsvorschlägen keine anderweitige schriftliche Stellungnahme abgegeben habe und auch nicht zu den Erörterungsterminen nicht erschienen sei oder
- anwesende Verfahrensbeteiligte sich zu den aufgerufenen einzelnen Anregungen, Bedenken oder Hinweisen nicht zu Wort meldeten.

Ein Ergebnisprotokoll werde allen Verfahrensbeteiligten – auch den nicht anwesenden – zur Prüfung zugesandt. Sollten hierzu keine Äußerungen erfolgen, werde nach einer angemessenen Frist vom Einverständnis zu den festgehaltenen Ergebnissen ausgegangen. Auch nachträglich könne noch ein Meinungsausgleich erklärt und zu Protokoll gegeben werden.

Alle sich noch ergebenden Änderungen am Planentwurf seien in der SUP zu berücksichtigen. Der Umweltbericht sei ggf. aufgrund des Ergebnisses dieses Erörterungstermins zu aktualisieren. Vor diesem Hintergrund werde dieser Termin auch als Scoopingtermin mitgenutzt.

Auf Grundlage der im Vorfeld zur Verfügung gestellten Erörterungsunterlagen richtete sich der Ablauf der Diskussion nach der vorliegenden Erörterungsliste. Herr Schmied erklärte, sofern die Zuordnung einzelner Anregungsnummern zu einem Themenblock nicht im Sinne des entsprechenden Verfahrensbeteiligten erfolgt sei, könne der darin angesprochene Aspekt selbstverständlich unter einem anderen Themenblock geführt

werden. Bei den Anregungsnummern, die mit einem „H“ versehen seien, handele es sich um Hinweise. Die in Klammern genannten Anregungsnummern bezögen sich auf Hinweise, Anregungen oder Bedenken aus der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie seien insoweit von Relevanz gewesen, wenn sie zur Änderung des Planentwurfs geführt hätten. Sie seien aber nicht Gegenstand der Erörterung.

Zu Themenblock 1: Allgemeine Aussagen zum Verfahren und zum Sachlichen Teilplan Kalkstein

Hinweise zum Erarbeitungsverfahren:

Auf den Hinweis von Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – die Anregungsnummer 151-001 sei nicht als Hinweis, sondern als Zusammenfassung der Stellungnahme zu betrachten, erklärte Herr Schmied, die vorgetragenen Bedenken seien im Zuge der Bearbeitung der gesamten Stellungnahme in jedem Einzelfall aufgegriffen und mit einem Meinungsausgleichsvorschlag versehen worden. Das „H“ werde gestrichen.

Frau Becker erklärte keinen Meinungsausgleich.

Herr Winkelkötter – Kreis Warendorf – korrigierte seine Stellungnahme 070-007. Dort seien „aus landwirtschaftlicher Sicht keine Anregungen und Bedenken“ vorgetragen worden. Korrekt sei „aus landschaftlicher Sicht keine Anregungen und Bedenken“.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Göske – Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen – erklärte Herr Schmied, der Ausgleichsvorschlag „Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.“ bedeute, dass die entsprechenden Hinweise in die Abwägungen eingeflossen seien.

Im Übrigen wurden die zu Themenblock 1 erfassten Hinweise zum Erarbeitungsverfahren mit den Anregungsnummern 003-001/H, 004-001/H, 010-001/H, 020-001/H, 026-001/H, 027-001/H, 030-001/H, 032-001/H, 034-001/H, 039-001/H, 045-003/H, 052-001/H, 053-001/H, 054-001/H, 057-001/H, 061-001/H, 062-001/H, 067-001/H, 070-007/H, 075-001/H, 076-001/H, 079-001/H, 080-001/H, 100-001/H, 109.1-001/H, 112-001/H, 140-001/H, 141-001/H, 142-001/H, 147-001/H, 150-001/H, 204-001/H, 207-001/H, 215-001/H, 239-001/H, 239-002/H, 239-004/H, 255-001/H, 260-001/H, 261-001/H, 279-001/H, 500-001/H, 506-001/H, 507-001/H, 509-001/H, 512-001/H, 513-001/H, 518-001/H, 526-001/H, 527-001/H, 532-001/H, 536-001/H, 537-001/H, 542-001/H, 544-001/H, 546-001/H, ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Allgemeine Aussagen zum STK:

Einleitend erläuterte Frau Wiering, die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen habe auf die Bedeutung der Rohstoffvorkommen für die Wirtschaft sowie auf die Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs hingewiesen. Dabei appelliere sie, bei Konflikten den Dialog zu suchen.

Die zu diesem Thema vorgetragenen Hinweise 115-001/H und 115-003/H wurden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Zu den Anregungsnummern 115-002 und 115-010 bestand Meinungsausgleich.

Zu Themenblock 2: **Münsterlandweite Aussagen im Sachlichen Teilplan Kalkstein**

2.1 Textliche Festlegungen, Erläuterungskarten und Bedarfsanalyse

Ziel 1.1:

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Stadt Beckum unterstütze die textlichen Festlegungen, während die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen für eine Festlegung der BSAB ohne Eignungswirkung plädiere.

Der Hinweis 072-001/H wurde zur Kenntnis genommen. Zu Anregungsnummer 115-004 erklärte Herr Horstmann – Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen – Meinungsausgleich.

Ziel 1.2:

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Stadt Beckum unterstütze die textlichen Festlegungen, während sich die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen und der DGB für einen Versorgungszeitraum von 50 Jahren aussprächen.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Göske – Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen – ab wann der Versorgungszeitraum im Sinne der Erläuterungen zu Ziel 9.2-2 des LEP als „nicht wesentlich überschritten“ anzusehen sei, erklärte Frau Wiering, die Regionalplanungsbehörde habe bei der Bedarfsermittlung einen zeitlichen Puffer eingebaut.

Herr Schmied ergänzte, die Regionalplanungsbehörde habe beim Versorgungszeitraum für den Rohstoff Kalkstein den Versorgungszeitraum zugrunde gelegt, der für alle anderen Festgesteine im Regionalplan Münsterland festgelegt worden seien.

Herr Dr. Göske – Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen – erteilte zu Anregungsnummer 115-005 Meinungsausgleich.

Unter Hinweis auf die von der Landesregierung angestrebte LEP-Änderung sprach sich Herr Tigges - vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. - dafür aus, für den Aufstellungsbeschluss den für März geplanten Kabinettsbeschluss abzuwarten. Eine Fortsetzung des Verfahrens widerspreche deutlich der Rohstoffpolitik und der Intention der Landesregierung.

Herr Schmied räumte ein, dass die Regionalplanungsbehörde ein Abwarten in Erwägung gezogen, schließlich aber nach Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde und der Landesregierung verworfen habe, da eine kurzfristige Aufstellung des Sachlichen Teilplans Kalkstein für viele Unternehmen vorteilhafter sei. Selbstverständlich sei der Regionalplan Münsterland insgesamt anzupassen, sobald neue Ziele in Aufstellung vorliegen.

Ohne weitere Aussprache wurde der Hinweis 072-001/H zur Kenntnis genommen und zu den Anregungsnummern 115-005 und 136-002 Meinungsausgleich festgestellt.

Ziel 1.3:

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Stadt Beckum unterstütze die textlichen Festlegungen; dagegen fordere der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Streichung dieses Ziels und der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband eine Ergänzung.

Der gewünschten Streichung der Eignungswirkung stehe Ziel 9.2-1 des LEP entgegen. Die Festlegung als Vorranggebiet impliziere, dass entgegenstehende Nutzungen auch temporär ausgeschlossen seien.

Ohne weitere Aussprache wurde der Hinweis 072-001/H zur Kenntnis genommen und zu den Anregungsnummern 134-001, 136-001 und 136-004 Meinungsabgleich festgestellt.

Ziel 1.4:

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Stadt Beckum unterstütze die textlichen Festlegungen. Die Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen fordere die Ausnahmetatbestände zu ergänzen, während das Landesbüro der Naturschutzverbände die Streichung des Ziels fordere.

Sie fuhr fort, Abgrabungsvorhaben unterhalb von 10 ha seien ausnahmsweise für die anderen Rohstoffarten auch außerhalb von BSAB zulässig, wenn der Rohstoff für ein Vorhaben in unmittelbarer Nachbarschaft benötigt werde. Die Unternehmen hätten aber bestätigt, dass Kalkstein nicht unmittelbar verwendet werden könne, sondern zur weiteren Verarbeitung erst in Kalk- oder Zementwerken aufbereitet werden müsse. Vor diesem Hintergrund sei dieser Ausnahmetatbestand für den Rohstoff Kalkstein nicht festgelegt worden.

Frau Becker - Landesbüro der Naturschutzverbände - konnte die Argumentation nachvollziehen, sprach sich aber grundsätzlich für eine restriktive Ausweisung von Flächen resp. Zulassung von Ausnahmetatbeständen aus. Vor diesem Hintergrund versagte sie auch den Meinungsabgleich zu Anregungsnummer 151-006.

Herr Horstmann – Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen – erklärte keinen Meinungsabgleich zu Anregungsnummer 115-006.

Zu Hinweis 072-001/H erfolgte keine Aussprache.

Ziel 1.5: (inkl. Erläuterungen)

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Stadt Beckum unterstütze die textlichen Festlegungen. Dagegen bitten die Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen und der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband die Formulierung zu ändern, um die Nachfolgenutzung flexibel regeln zu können. Der Deutsche Gewerkschaftsbund rege an, Ziel 1.5 als Grundsatz festzulegen.

Herr Horstmann – Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen – erklärte Meinungsabgleich zu Anregungsnummer 115-007.

Herr Nicolai-Koß – Deutscher Gewerkschaftsbund NRW – beklagte den Wegfall vieler Arbeitsplätze und eine zunehmende De-Industrialisierung des Münsterlandes und wiederholte seine Bedenken, dass Industrie und Naturschutz sich gegenseitig nicht aus-

schließen dürfen, der Erhalt der Arbeitsplätze aber höher zu gewichten sei. Seine Anregung 136-006, Ziel 1.5 als Grundsatz zu formulieren, erzielte keinen Meinungsausgleich, da der LEP NRW für die Festlegung einer Nachfolgenutzung eine Zielformulierung vorgebe.

Zu den Anregungsnummern 134-002 und 134-003 erfolgte keine Aussprache. Vor diesem Hintergrund wurde Meinungsausgleich festgestellt.

Zu Hinweis 072-001/H erfolgte keine Aussprache.

Ziel 1.6:

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Stadt Beckum rege unter Hinweis auf die Flächenkonkurrenz an, das Ziel zu streichen bzw. auf Rekultivierungsflächen zu beschränken, während der Geologische Dienst NRW die Festlegung begrüße. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schlage vor, Ziel 1.6 als Grundsatz festzulegen.

Unter Hinweis auf seine Anregung 072-002 sprach sich Herr Wilbrand – Stadt Beckum – für eine Vorgabe aus, Kompensationsmaßnahmen ausschließlich auf den in Anspruch zu nehmenden Flächen vorzunehmen.

Herr Winkelkötter – Kreis Warendorf – führte hierzu aus, dass die Zielformulierung die Behörden im nachgeordneten Genehmigungsverfahren zu stark einschränke und regte eine Änderung an.

Frau Wiering wiederholte ihren Meinungsausgleichsvorschlag, dass die Entscheidung in welcher Form und auf welchen Flächen die Kompensation zu erfolgen habe, im Genehmigungsverfahren getroffen werde. Sofern die Bodenbeschaffenheit nach erfolgter Abgrabung eine vollständige Kompensation der in Anspruch genommenen wertvollen Böden zulasse, sei keine Inanspruchnahme weiterer Flächen erforderlich. Sie wies darauf hin, dass dieser schützenswerte Boden nur auf Kalkstein vorzufinden sei.

Herr Schäfer – Geologischer Dienst NRW – bestätigte, dass die Rekultivierung der Abgrabungsbereiche entweder auf dem noch anstehenden Kalkstein oder, bei vollständiger Abtragung, durch Auftragen eines Gemischs von abgetragenen Kalkschotter, der nicht weiterverwendet werde, und dem vorhandenen Oberboden möglich sei. Ob eine hundertprozentige Kompensation erforderlich sei, richte sich nach dem Biotopcharakter der Fläche und müsse in jedem Einzelfall im Genehmigungsverfahren entschieden werden.

Nach kurzer Diskussion bestand mit den Verfahrensbeteiligten Stadt Beckum, Kreis Warendorf und Kreis Steinfurt Einvernehmen, Ziel 1.6 (RdNr. 15) und seine Erläuterung (RdNr. 30) wie folgt zu ändern:

RdNr. 15

Ziel 1.6: Bei der Inanspruchnahme von besonders schutzwürdigen trockenen bis extrem trockenen, flachgründigen Felsböden ist eine flächenäquivalente bodenfunktionsbezogene Kompensation auf vergleichbaren Standorten sicher zu stellen.

RdNr. 30, Satz 4

Aufgrund der besonderen Schutzwürdigkeit dieser Böden ist ein Eingriff in dieses Schutzgut auf der zu rekultivierenden Fläche und vergleichbaren Standorten möglichst flächenäquivalent in entsprechender Größe durch die weitgehende Herstellung der ursprünglichen Standortbedingungen z. B. durch das Einstellen von Bewässerungsmaßnahmen und von Nährstoffzufuhr durch Düngung zu kompensieren.

Frau Becker - Landesbüro der Naturschutzverbände - erklärte keinen Meinungsausgleich.

Zu Anregungsnummer 110-005 bestand Meinungsausgleich.

Grundsatz 1.3, Erläuterungskarten:

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Stadt Beckum unterstütze die textlichen Festlegungen, während der Deutsche Gewerkschaftsbund fordere, bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen neben den Lagerstätten auch die Sicherung der Betriebsstandorte zu berücksichtigen.

Herr Lange - Deutscher Gewerkschaftsbund NRW – forderte, die wirtschaftliche Situation im Kreis Steinfurt stärker zu gewichten. Mit Blick auf 8.000 Menschen mit SGB II-Bezug, hohe Langzeitarbeitslosigkeit, den absehbaren Wegfall von 2.000 Arbeitsplätzen durch das Ende des Steinkohleabbaus und fehlende Perspektiven für die Arbeitnehmer von Dyckerhoff und Calcis sei ihm die Bestandssicherung besonders wichtig.

Hierzu verwies Herr Schmied auf den noch zu erörternden Themenblock zur Problematik der Abgrabungen im Teutoburger Wald.

Frau Wiering erinnerte daran, dass die Erläuterungskarten die Lagerstätten vor anderen raumbedeutsamen Planungen sicherten. Bei der Erstellung der Karten seien neben der Mächtigkeit der Vorkommen die betrieblichen Entwicklungsvorstellungen der Abgrabungsunternehmen berücksichtigt worden.

Vor diesem Hintergrund erklärte Herr Lange Meinungsausgleich zu Anregungsnummer 136-003.

Der Hinweis 007-001/H wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Erläuterungskarten (zugleich Anpassungen im RPL MSL)

Einleitend erklärte Frau Wiering, der Geologische Dienst NRW weise auf einen aktuelleren Stand der Rohstoffkarte hin. Die Erläuterungskarte I sei inzwischen aktualisiert worden. Aus der Öffentlichkeitsbeteiligung sei vorgeschlagen worden, für die Erläuterungskarte II „Wertvolle oberflächennahe Lagerstätten“ eine höhere planungsrechtliche Verbindlichkeit festzulegen sowie Änderungen vorzunehmen.

Zu Anregungsnummer 110-001 konnte ohne weitere Aussprache Meinungsausgleich festgestellt werden.

Bedarfsanalyse:

Einleitend erklärte Frau Wiering, der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie kritisiere, dass bei der Bedarfsermittlung der Verwendungszweck nicht berücksichtigt werde. Das Landesbüro der Naturschutzverbände kritisiere, dass auf Daten der Unternehmen zurückgegriffen werde, die Versorgung nicht nur NRW gelte und Recycling nicht berücksichtigt werde. Kritisiert werde auch das Fortschreibungserfordernis.

Sie fuhr fort, die Bedarfsermittlung sei auf Grundlage der Firmenangaben und des vorliegenden Abgrabungskatasters erfolgt. Zudem seien die Kreise zu Rate gezogen worden. Dabei seien nicht nur die verschiedenen Rohstoffqualitäten, sondern auch der spätere Verwendungszweck des Rohstoffs berücksichtigt worden. Zukünftig könne auch für den Rohstoff Kalkstein auf das Abgrabungsmonitoring des Geologischen Dienstes zurückgegriffen werden. Wenn im Rahmen dieses Monitorings deutlich werde, dass vor dem Hintergrund des LEP-Ziels 9.2-3 der Versorgungszeitraum von 25 Jahren für Festgesteine voraussichtlich unterschritten werde, werde ein Fortschreibungserfordernis ausgelöst.

Frau Elling-Augé –Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. für Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU) – kritisierte eine lineare Fortschreibung des Bedarfs aufgrund der Firmenangaben. Zudem hinterfragte sie, ob die Tiefbohrzemente, für die es keinen regionalen Bedarf gebe, bei der Bedarfsermittlung berücksichtigt werden dürfen.

Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – ergänzte, dass der Nachhaltigkeitsgedanke des Ressourcensparens, der im ROG sehr stark verankert sei, überhaupt nicht berücksichtigt werde, solange bei Bedarf stets neue BSAB ausgewiesen würden; denn die Wirtschaft sei nicht gefordert, nach Alternativen zu suchen; Innovationen würden ausgebremst.

Frau Wiering erwiderte, dass für die Bedarfsermittlung auf Grundlage der Firmenangaben und des Abgrabungskatasters ein über mehrere Jahre erreichter Durchschnittswert ermittelt worden sei. Auch bei der zukünftigen Bedarfsermittlung über das Abgrabungsmonitoring werde ein über 6 Jahre erreichter Durchschnittswert zugrunde gelegt. Bei allem Verständnis für die Kritik der Naturschutzverbände sei sie gehalten, sich nach den Vorschriften des LEP zu richten, der eine bedarfsgemäße Flächenausweisung vorgebe, die sich an dem Verbrauch orientiere. Die Landesplanungsbehörde habe auf Nachfrage bestätigt, dass Exportanteile mit zur Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft gehörten.

Herr Wegener – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – kritisierte, dass bei den Rohstoffqualitäten zwischen dem Cenomankalk, der mit einem CaCO_3 -Gehalt in der Größenordnung von i.d.R. über 90 % in der Kalkherstellung seinen Einsatz finde und den darunterliegenden Schichten, die für die Zementindustrie geeignet seien, nicht ausreichend differenziert worden sei.

Frau Wiering entgegnete, dass bei der Festlegung der Abgrabungsbereiche zwischen Cenoman- und Mergelkarbonatgestein unterschieden worden sei. Der vorgelegte Planentwurf decke für beide Qualitäten eine Rohstoffversorgung für 35 Jahre.

Herr Wasner – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – merkte an, das maßgebliche Kriterium für die Rohstoffqualitäten sei der CaCO_3 -Gehalt. Die vorgenommene Differenzierung zwischen Cenoman und Mergel sei falsch.

Frau Wiering hielt dem entgegen, dass die vorgenommene Unterscheidung der Qualitäten auf Grundlage der Rohstoffkarte des Geologischen Dienstes als neutrales Entscheidungskriterium erfolgt sei.

Als Ergebnis der Diskussion stellte Herr Schmied fest, dass zu den Anregungsnummern 128-001, 151-003, 151-004, 151-005 und 151-007 kein Meinungsausgleich erzielt werden konnte.

Neue textliche Festsetzungen:

Frau Wiering erklärte, dass aus der Öffentlichkeitsbeteiligung unter der Anregungsnummer 10287-004, eine textliche Festsetzung gefordert worden sei, die Karte der wertvollen Lagerstätten als Vorranggebiete festzulegen. Dies sei nach den Vorgaben des LEP aber nicht möglich.

2.2 Abgrabungskonzept¹ (Anlage zu den textlichen Festlegungen)

Frau Wiering führte ein, das Abgrabungskonzept bilde die Grundlage für die Festlegung der Eignungswirkung. Der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie vertritt keine Bedenken gegen die systematische Abfolge der vorgenommenen Prüfung geäußert. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband fordere, die Tabuzonen um große zusammenhängende landwirtschaftliche Ackerflächen zu ergänzen, während der Deutsche Gewerkschaftsbund anregt habe, die Bedeutung eines FFH-Gebiets und die Bedeutung der abgrabenden Industrie gleichrangig zu berücksichtigen.

Aus der Öffentlichkeitsbeteiligung werde kritisiert, dass Natura 2000-Gebiete unabhängig von der Qualität als weiche Tabuzonen beurteilt worden seien, die betrieblichen Entwicklungsvorstellungen erst auf der 3. Stufe, nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen, berücksichtigt worden seien und unter Hinweis auf die mit dem Land geschlossene Vereinbarung die wirtschaftlich angemessene Nutzbarkeit als grundrechtsrelevanter Belang nicht berücksichtigt worden sei.

Zu den Tabukriterien räumte Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – ein, dass die Rechtsprechung unter bestimmten Voraussetzungen Eingriffe in FFH-Gebiete zulasse. Gleichwohl wünschten sich die Naturschutzverbände, für den Schutz dieser besonders wertvollen Gebiete ein hartes Tabukriterium; denn die Natura-2000 Gebiete seien unabdingbar für die Erhaltung der Biodiversität. Es müsse Ausdruck des planerischen Willens sein, diese Flächen auf jeden Fall zu schützen.

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – kritisierte, dass der abschließende Abwägungsprozess auf der Ebene des Genehmigungsverfahrens erfolge und sprach sich für eine regionalplanerische Vorgabe aus.

Herr Schmied nahm dies zur Kenntnis. Angesichts der bestehenden Rechtslage konnte er zu Anregungsnummer 150-016 keinen Meinungsausgleich feststellen.

Herr Lange - Deutscher Gewerkschaftsbund NRW – forderte nochmals dazu auf, die wirtschaftliche Situation im Kreis Steinfurt stärker zu gewichten. Er bedauerte, dass

¹ In der Anlage zu den textlichen Festlegungen des Planentwurfs als „Darstellungskonzept“ bezeichnet.

die Regionalplanungsbehörde seiner Anregung 136-005 nicht gefolgt sei und erklärte keinen Meinungsausgleich

Zu Anrechnungsnummer 134-004 wurde Meinungsausgleich festgestellt.

Die Hinweise 129-001/H, 129-016/H und 129-017/H wurden zur Kenntnis genommen.

2.3 Umweltbericht (außer Anhänge B und C)

Allgemeine Aussagen:

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Untere Wasserbehörde des Kreises Warendorf rege an, beim Schutzgut „Wasser“ auch das Grundwasser zu berücksichtigen. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe bitte, das zum Regionalplan Münsterland erarbeitete kurlandschaftliche Fachgutachten zu berücksichtigen.

Aufgrund des Meinungsausgleichsvorschlags der Regionalplanungsbehörde zu Anrechnungsnummer 070-001 erklärte Herr Winkelkötter – Kreis Warendorf – Meinungsausgleich.

Anrechnungsnummer 212-002 wurde nicht diskutiert. Frau Wiering stellte Meinungsausgleich fest, denn die Regionalplanungsbehörde war der Anregung des LWL gefolgt.

Auf Anfrage von Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – zum Schutzgut Wasser führte Frau Wiering aus, dass auf Ebene der Regionalplanung nur auf die bekannten Daten für die Wasserschutz- und die Überschwemmungsgebiete zurückgegriffen werde. Die Auswirkungen von Kalkabgrabungen auf das Grundwasser könnten von der Regionalplanungsbehörde nicht beurteilt werden können, denn dazu wären Erkenntnisse über die Absenktiefe erforderlich. Der Regionalplanungsbehörde seien weder die konkreten Flächen, die Tiefe der Abgrabungen noch die Grundwasserstände bekannt. Diese Informationen würden im nachfolgenden Genehmigungsverfahren erfasst und berücksichtigt. Auf weitere Nachfrage erklärte sie, dass BSAB, die außerhalb des Einzugsgebietes von Wasserschutzgebieten liegen, diese nicht beeinträchtigten. Wie sich dann im Einzelfall ein Absenktichter von Abgrabungen außerhalb eines Wasserschutzgebietes auf die Trinkwassergewinnung auswirke, sei in den nachfolgenden Planverfahren im Detail zu prüfen.

Auf Nachfrage von Herrn Tigges – vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – sagte sie, dass Wasserschutzgebiete als weiches Tabukriterium eingestuft seien.

Schutzgüter (teilw. auch unter "Teuto" wg. spezif. Ausführungen):

Einleitend erklärte Frau Wiering, der Geologische Dienst rege an, „Geotope“ als Schutzgut zu berücksichtigen, während der Landschaftsverband Westfalen-Lippe anrege, die „Kurlandschaften“ nicht dem Schutzgut „Landschaft“, sondern „Kulturelles Erbe“ zuzuordnen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW bestätigte, dass keine verfahrenskritischen Vorkommen planungsrelevanter Arten betroffen seien.

In Ergänzung ihres Meinungsausgleichsvorschlags zu Anrechnungsnummer 110-003 erklärte Frau Wiering, dass Geotope nicht als gesondertes Schutzgut in der Umweltprü-

fung betrachtet würden. Nach Auskunft des Geologischen Dienstes seien sie aber bereits durch andere Festlegungen geschützt, beispielhaft nannte sie Naturschutzgebiete und schutzwürdige Böden. Vor diesem Hintergrund wurde Meinungsausgleich festgestellt.

Zu Anregungsnummer 212-001 wurde ohne weitere Aussprache Meinungsausgleich festgestellt, da der Anregung durch entsprechende Ergänzungen in den SUP-Prüfbögen im Vorfeld zu dieser Erörterung gefolgt worden sei.

Die Hinweise 110-004/H und 119-008/H wurden zur Kenntnis genommen.

Anhang A

Der Hinweis in Anregungsnummer 119-001 wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

zu Themenblock 3: Regionsspezifische Aussagen (Zeichnerische Festlegungen der BSAB)

3.1 Allgemeine Aussagen zu den zeichnerischen Festlegungen

Frau Wiering erklärte, die hierzu vorgetragenen Stellungnahmen beinhalteten überwiegend Hinweise, z.B. auf Versorgungsleitungen, bzw. Zustimmung.

Es bestand kein Diskussionsbedarf. Zu Anregungsnummer 110-002 wurde Meinungsausgleich festgestellt; die Hinweise 070-002/H, 070-003/H, 070-004/H, 105-001/H, 105-002/H, 106-001/H, 106-004/H, 154-001/H, 212-003/H, 213-002/H, 233-001/H, 237-001/H und 239-005/H wurden zur Kenntnis genommen.

Zur Diskussion der zeichnerischen Festlegungen präsentierte Frau Freßmann den jeweils aktuellen Planausschnitt und erklärte, die aus dem Beteiligungsverfahren und aufgrund von Firmenangaben vorgetragenen Änderungswünsche seien auf verschiedenen Layern dargestellt und könnten bei Bedarf erläutert werden.

3.2 Kreis Warendorf

3.2.1 Gebiet der Stadt Beckum

BSAB Beckum Nord

Frau Freßmann erklärte, im Vergleich zum Entwurf aus 2016 hätten sich Änderungen ergeben, weil einige Flächen wegen einer vorhandenen Gasleitung und wegen eines möglichen Autobahnausbaus nicht zur Verfügung stünden. In diesen Bereichen lohne sich nach Firmenangaben auch auf bereits genehmigten Flächen der Abbau nicht mehr. Weitere Änderungen hätten sich infolge des Ausbaus der B 58n ergeben. Andere Flächen seien nicht mehr als BSAB dargestellt, weil die Abgrabungen bereits abgeschlossen seien. Letztlich seien auch die Ersatzflächen für die Kalk- und Zementwerke im Teutoburger Wald in diesen Bereichen verortet worden.

Zu den Erläuterungen von Frau Freßmann gab es keinen Diskussionsbedarf. Vor diesem Hintergrund wurde Meinungsabgleich zu den Anregungsnummern 212-007 und 213-001 festgestellt. Die Hinweise 111-001/H, 119-006/H, 154-002/H, 240-001/H und 240-002/H wurden zur Kenntnis genommen-

BSAB Beckum Nordost

Frau Freßmann präsentierte zwei dargestellte Erweiterungen, die sich aufgrund der nachgewiesenen Bedarfe der Firmen ergeben hatten. Weitere Änderungen hätten sich ergeben, weil aufgrund von Bohrungen andere Abbautiefen zugrunde gelegt werden mussten.

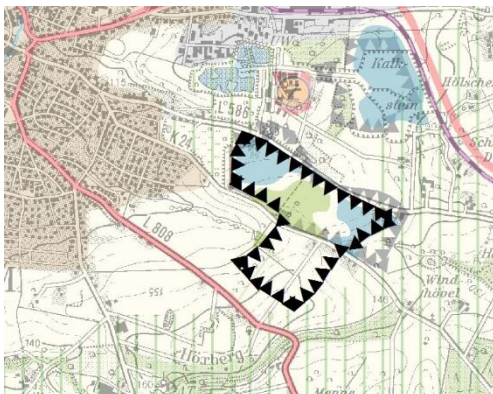
Auch zu diesen Erläuterungen von Frau Freßmann gab es keinen Diskussionsbedarf. Zu den Anregungsnummern 212-008 und 213-001 wurde daher Meinungsabgleich festgestellt. Die Hinweise 070-006/H, 119-006/H, 240-001/H und 240-002/H wurden zur Kenntnis genommen.

BSAB Beckum Süd

Frau Freßmann erklärte, aufgrund von Bohrungen habe sich ergeben, dass die Mächtigkeit im südlichen Bereich nicht so groß sei, wie angenommen. Die Wirtschaftlichkeit des Abbaus sei damit für das Unternehmen nicht mehr gegeben. Vor diesem Hintergrund sei der Bereich zurückgenommen und nach Südosten erweitert worden. Auch sei der BSAB um einen reduzierten Bereich des BSAB Beckum Nord erweitert worden. Das Unternehmen habe angeregt, das bestehende Rekultivierungskonzept an dieser Stelle aufzugreifen und für die Erweiterungsfläche ebenfalls eine Seefläche darzustellen. Entgegen der Forderung der Stadt Beckum einen Schutzabstand zur Hoxbergstufe von mindestens 300 Metern einzuhalten, sei nur ein Schutzabstand von 100 m eingehalten worden, da nach dem Gesamtrekultivierungskonzept der Stadt Beckum die potenziellen Abbauflächen unmittelbar an diese Grenze heranreichen.

Herr Wilbrand – Stadt Beckum – erklärte, ein 300-m-Schutzabstand ergebe sich aus dem vorliegenden Flächennutzungsplan, der aber ggf. angepasst werden könne. Gleichwohl solle die Wahrnehmbarkeit des Hoxbergs unangetastet bleiben. Auch zum Quellbereich des Huxdieksbaches müsse ein Abstand von 100 m eingehalten werden.

Nach kurzer Diskussion wurde im Einvernehmen mit dem Kreis Warendorf – Herrn Winkelkötter – und der Stadt Beckum – Herrn Wilbrand – die zeichnerische Darstellung des BSAB Beckum-Süd wie folgt geändert:



Darstellung von Beckum Süd nach der Erörterung

Diese Darstellung des BSAB muss noch mit dem Unternehmen abgestimmt werden. Das Abstimmungsergebnis wird mit dem Protokoll mitgeteilt.

Hinweis: Im Nachgang zur Erörterung fand am 01.03.2018 eine Abstimmung mit der Stadt Beckum und dem betroffenen Abgrabungsunternehmen statt, da die im Erörterungstermin gefundene BSAB-Abgrenzung von dem Unternehmen nicht mitgetragen wurde. Danach wird der Bereich des Huxdieksbaches nördlich der K 24 nicht mehr als BSAB dargestellt, sondern angesichts der vorhandenen Rohstoffqualität und der Mächtigkeit in die Erläuterungskarte II "Wertvolle oberflächennahe Bodenschätze aufgenommen. Hierzu konnte Meinungsabgleich mit der Stadt Beckum erzielt werden.

Hinsichtlich des Höxberges bleibt es bei der ursprünglichen zeichnerischen Festsetzung, die einen Abstand von ca. 150 m zur Kuppe vorsieht. Diese den Kriterien des Darstellungskonzepts entsprechende Abgrenzung orientiert sich u. a. auch an dem Gesamtrenkultivierungsplan der Stadt Beckum. Im konkreten Antragsverfahren soll eine Lösung in Abstimmung mit der Stadt Beckum gefunden werden, die die Einsehbarkeit während der Abbauphase minimiert und die nach dem Rohstoffabbau eine Rekonstruktion des Schutzbereiches für die Kuppe des Höxberges gewährleistet.



Aktuelle Darstellung von Beckum Süd

Im Ergebnis konnte zu der Anregung 072-003 kein Meinungsabgleich mit der Stadt Beckum erzielt werden.

Die zeichnerische Darstellung des BSAB Beckum Süd wird erneut ausgelegt, um der Öffentlichkeit und den Verfahrensbeteiligten die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

Zu Anregungsnummer 212-009 gab es keinen Diskussionsbedarf, Meinungsabgleich wurde festgestellt. Der Hinweis 119-006/H wurde zur Kenntnis genommen.

Sonstiges:

Es gab keinen Erörterungsbedarf zu Anregungsnummer 106-003. Meinungsabgleich wurde festgestellt. Der Hinweis 239-003/H wurde zur Kenntnis genommen.

3.2.2 Gebiet der Stadt Ennigerloh

BSAB Ennigerloh Süd:

Frau Freßmann präsentierte den mit dem Unternehmen abgestimmten Meinungsausgleichsvorschlag. Einige Flächen seien nicht mehr dargestellt, weil sie nicht mehr in Bestandteil der Genehmigung bzw. anderen Nutzungen zur Verfügung gestellt worden seien. Aufgrund der Planung einer Umgehungsstraße habe ein Bereich zurückgenommen werden müssen. Dafür sei ein anderer Bereich erweitert worden.

In einem neuen Rekultivierungsplan solle nicht mehr eine Wasserfläche, sondern Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt werden. Textlich sei dies bereits abgearbeitet, die zeichnerische Anpassung sei leider versäumt worden. Sie werde aber nachgeholt.

Herr Winkelkötter - Kreis Warendorf - wies darauf hin, dass sich nach Einstellung der Sumpfung der ursprüngliche Grundwasserspiegel wieder einstellen und die Flächen, die u.a. als landwirtschaftliche Flächen oder Trockenrasen vorgesehen seien, wahrscheinlich überflutet würden. Da ein Rekultivierungsplan realisierbar sein müsse, seien zunächst die Folgen der Einstellung der Sumpfung zu untersuchen. Aus anderen Steinbrüchen sei bekannt, dass erhebliches Fremdbodenmaterial eingebaut werden müsse, wenn das Niveau soweit angehoben werden solle, dass kein See entstehe. Als Bodenschutzbehörde stelle er sehr hohe Anforderungen.

Frau Freßmann erklärte, das Unternehmen habe bereits darauf hingewiesen, dass feuchte Stellen zu erwarten seien, eine so große Seefläche aber nicht mehr entstehen werde. Vor diesem Hintergrund biete die Darstellung als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich im Regionalplan der Genehmigungsbehörde die meisten Möglichkeiten, im Rahmen der Rekultivierung Nutzungen festzulegen.

Frau Wiering ergänzte, dass die Festlegung als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich die Bildung eines Sees - wenn auch nicht in der ursprünglich vorgesehenen Größe - nicht ausschließe.

Zu den Anregungsnummern 074-001 und 154-003 wurde Meinungsausgleich festgestellt.

BSAB Ennigerloh Nord

Einleitend erklärte Frau Freßmann, dass ein Teil des genehmigten Bereichs wegen einer vorhandenen Gasleitung, die mit den entsprechenden Schutzabständen zu berücksichtigen sei, für den Abbau nicht zur Verfügung stehe. Ein weiterer genehmigter Bereich sei wegen des Flächenzuschnitts nicht abbaubar. Zugunsten einer Erweiterung an anderer Stelle seien ein Waldbereich und ein Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung reduziert worden, um mögliche Abbaugenehmigungen nicht zu behindern. Über die Nachfolgenutzung solle im Rahmen des Rekultivierungsverfahrens entschieden werden.

Herr Handke - Stadt Ennigerloh - begrüßte den mit dem Unternehmen getroffenen Konsens und erklärte Meinungsausgleich zu Anregungsnummer 074-001.

Ohne weitere Aussprache wurde zu den Anregungsnummern 115-009, 119-005 und 212-006 Meinungsabgleich festgestellt. Die Hinweise 070-005/H und 240-001/H wurden zur Kenntnis genommen.

Sonstiges:

Frau Wiering erklärte, bei Anregungsnummer 239-003/H handele es sich um einen Hinweis über eine vorhandene Versorgungsleitung.

3.3 Kreis Steinfurt

3.3.1 Gebiet der Gemeinde Neuenkirchen

BSAB Neuenkirchen

Frau Freßmann erklärte, gegenüber dem Planentwurf von 2016 hätten sich keine Änderungen ergeben.

Herr Bürgermeister Möllering - Gemeinde Neuenkirchen - erklärte Meinungsabgleich zu den Anregungsnummern 064-001/H und 064-002/H.

Herr Bückler - Kreis Steinfurt - erklärte Meinungsabgleich zu Anregungsnummer 045-005.

Der Hinweis 119-003/H wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Lagerstätte Dörper Berg

Frau Freßmann führte aus, sowohl von der Gemeinde Neuenkirchen als auch von den Stadtwerken Ochtrup seien Bedenken wegen des nahegelegenen Wasserschutzgebietes vorgetragen worden. Auf einer Arbeitskarte, auf der das bestehende Wasserschutzgebiet mit allen Schutzzonen dargestellt war, wurde deutlich, dass das Wasserschutzgebiet weder durch einen BSAB noch eine auf der Karte der wertvollen Lagerstätten dargestellte Lagerstätte beeinträchtigt wird.

Gleichwohl sah Herr Bürgermeister Möllering - Gemeinde Neuenkirchen - eine konkurrierende Situation zu den Belangen seiner Gemeinde und erklärte keinen Meinungsabgleich zu Anregungsnummer 064-003.

Auch Herr Gehring - Stadtwerke Ochtrup - hielt seine in Anregungsnummer 228-001 erfassten Bedenken aufrecht und erklärte keinen Meinungsabgleich.

Frau Wiering erklärte, dass mit der Aufnahme des Bereichs in die Erläuterungskarte der wertvollen Lagerstätten weder ein BSAB festgelegt noch eine Entscheidung über einen zukünftigen BSAB getroffen worden sei. Die Darstellung schütze diesen Bereich lediglich vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen.

3.3.2 Gebiet der Stadt Rheine

Frau Freßmann erklärte, gegenüber dem Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein von 2016 hätten sich keine Änderungen ergeben.

Frau Oberkoxholt - Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW - und Frau Becker - Landesbüro der Naturschutzverbände - hielten ihre im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Bedenken aufrecht. Frau Wiering wiederholte ihre Meinungsausgleichsvorschläge. Zu den Anregungsnummern 119-004 und 151-013 konnte kein Meinungsausgleich erzielt werden.

Zur Anregungsnummer 212-005 wurde ohne weitere Aussprache Meinungsausgleich festgestellt. Die Hinweise 053-001/H und 106-002/H wurden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3.3 Gebiet der Gemeinde Wettringen

BSAB Wettringen Nord I

Frau Freßmann erläuterte den Sachverhalt zu "Anregungsnummer" 2000-001 der Bezirksregierung Münster. Aufgrund einer Änderung des Rekultivierungskonzepts der Fa. Calcis hätten sich für die zeichnerischen Festlegungen im Sachlichen Teilplan Kalkstein für diesen Abgrabungsbereich folgende von der Regionalplanungsbehörde vorgenommene Änderungen am Planentwurf ergeben:

- Die im Entwurf dargestellte Wasserfläche wird gemäß Rekultivierungskonzept reduziert.

Dem BSAB wird auf der Grundlage des Rekultivierungskonzepts mit geplanter Verfüllung das Planzeichen "Allgemeine Freiraum und Agrarbereiche" unterlegt.

Zu den Änderungen wurde Meinungsausgleich erzielt.

BSAB Wettringen Nord II

Frau Freßmann erklärte, die Gemeinde Wettringen habe gegen die Ausweisung des neuen BSAB auf ihrem Gebiet Bedenken erhoben. Da das Unternehmen sich weder im Vorfeld der Erarbeitung noch im Beteiligungsverfahren zu dem Standort bzw. dem BSAB geäußert habe, sei die Regionalplanungsbehörde der Anregung der Gemeinde Wettringen, diese Fläche nicht mehr als BSAB darzustellen, gefolgt. Die Fläche werde in die Erläuterungskarte II "Wertvolle oberflächennahe Lagerstätten" aufgenommen. Zu Anregungsnummer 069-001 konnte Meinungsausgleich erzielt werden.

Zu Anregungsnummer 212-004 bestand kein Diskussionsbedarf. Es wurde Meinungsausgleich festgestellt. Die Hinweise 069-002/H, 069-003/H, 069-004/H und 119-002/H wurden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3.4 Gebiete der Stadt Lengerich und der Gemeinde Lienen – beide Abgrabungen betreffende Aussagen

Herr Schmied wiederholte seinen Hinweis, sofern in der Erörterungsliste die Zuordnung einzelner Anregungsnummern zu den die Gebiete der Stadt Lengerich und der Gemeinde Lienen betreffenden Themen nicht im Sinne des Verfahrensbeteiligten erfolgt sei, könne die Diskussion selbstverständlich unter einem anderen der nachfolgenden Themenblöcke erfolgen.

Allgemeine, gemeindeübergreifende Aussagen zu Abgrabungen im Teutoburger Wald, u. a. zum Auslaufen der Abgrabungen

Einleitend erklärte Frau Wiering, der Kreis Steinfurt begrüße den Zusatzbeschluss des Regionalrats vom 12.12.2016. Die Stadt Lengerich weise auf die vorhandene langfristige Planungssicherheit hin. Die Gemeinde Lienen verweise auf die negativen Konsequenzen einer Schließung des Kalkwerkes der Fa. Calcis. Auch die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen, die Handwerkskammer Münster und der Deutsche Gewerkschaftsbund heben die große Bedeutung der Werke hervor.

Das Landesbüro der Naturschutzverbände und die Landesarbeitsgemeinschaft Natur und Umwelt, vertreten durch die Bürgerinitiative Pro Teuto, hätten sich gegen eine Erweiterung des Abbaus ausgesprochen. Die Gemeinde Hagen a.T.W. verweise auf ihren Status als Erholungsort und auf die mit einem Kalksteinabbau verbundenen Emissionen.

Nach Einschätzung der Spezialberatung für Fütterung der Landwirtschaftskammer NRW gäbe es weitere Anbieter für Futterkalk, die ggf. einen Angebotsausfall überbrücken könnten. Darüber hinaus weise die Landwirtschaftskammer auf die Abwägung zwischen Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Kompensation bei Inanspruchnahme eines FFH-Gebiets auf der einen und erhöhte Futtermittelpreise auf der anderen Seite hin.

Aus der Öffentlichkeitsbeteiligung werde zum einen der vorgelegte Planentwurf unterstützt und für den Fall, dass der Regionalrat zu einer anderen Entscheidung kommen sollte, vorsorglich Bedenken erhoben. Zum anderen werde auf die Konsequenzen für die Marktstruktur und die Tatsache, dass mit dem Kalkgutachten keine Auslaufplanung festgelegt worden sei, hingewiesen.

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – wies unter Hinweis auf Anregungsnummer 151-008 darauf hin, dass die Naturschutzverbände entgegen dem Meinungsausgleichsvorschlag der Regionalplanungsbehörde bisher keine Karten zu den genehmigten Abgrabungen erhalten hätten, aus denen der räumliche Umgriff der Genehmigungen ersichtlich sei. Sie fragte zudem nach den zeitlichen Befristungen der Abgrabungsgenehmigungen. Nach ihrer Kenntnis sehe z. B. die Abgrabungsgenehmigung für der Fa. Dyckerhoff vom 25.2.1999 eine zeitliche Befristung bis 2027 vor.

Frau Wiering sagte zu, sich um die Übermittlung der Karten zu kümmern. Eine zeitliche Befristung der Abgrabungsgenehmigungen sei ihr nicht bekannt. Nach ihrer Kenntnis werde nur festgelegt, in welchem Bereich und bis zu welcher Tiefe abgegraben werden dürfe. Diese Angaben seien bei der Bedarfsermittlung berücksichtigt worden. Die im Regionalplan dargestellten BSAB im Teutoburger Wald entsprächen den genehmigten Flächen.

Herr Schmied fügte an, er werde sich wegen des Kartenmaterials mit dem zuständigen Fachdezernat 53 der Bezirksregierung in Verbindung setzen.

Herr Bürgermeister Strietelmeier – Gemeinde Lienen – hob unter Hinweis auf seine Anregung 060-001 hervor, dass eine Entscheidung über die BSAB in Lengerich und Lienen, egal wie sie ausfalle, sehr große Auswirkungen auf die Menschen habe, die in diesen Orten und darüber hinaus in der Region leben.

Herr Nicolai-Koß – Deutscher Gewerkschaftsbund NRW – verwies auf die Bedeutung der Industrie und der Industriepolitik zur Bewältigung des Strukturwandels. Dieser sei nicht nur durch die Beendigung des Steinkohlebergbaus im Kreis Steinfurt bedroht. Durch den Wegfall der Abgrabungen in Lengerich und Lienen gingen in der Region nochmals rd. 1.200 direkte und indirekte Arbeitsplätze verloren. Der rasante Abbau von Industrie-arbeitsplätzen könne durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor nicht kompensiert werden. Für die Kommunen bedeute dies einen enormen Kaufkraftverlust. Er erklärte keinen Meinungsausgleich zu den Anregungsnummern 136-001 und 136-007.

Dem Themenfeld wurden auch die Anregungsnummern 117-001 und 117-002 aus dem Themenfeld "Erweiterung des BSAB Lengerich Hohne – Raumordnerische Einschätzung" der Erörterungsliste zugeordnet. Hierzu wurde von Herrn Oestreich – Handwerkskammer Münster – kein Meinungsausgleich erklärt.

Ohne weitere Aussprache wurde zu Anregungsnummer 045-002 Meinungsausgleich festgestellt; die Hinweise 051-002/H, 060-005/H, 108-001/H, 150-017/H und 151-008/H wurden zur Kenntnis genommen.

Die Anregungsnummern 045-001 und 115-008 der Erörterungsliste wurden dem Thema Abweichungsprüfung zugeordnet.

Gemeindeübergreifende Aspekte zu Abgrabungen im Teutoburger Wald, u. a. zu "alten" BSAB und damit verbundenen freiraumbezogenen Aussagen

Frau Wiering führte aus, die Kritik des Landesbüros der Naturschutzverbände richte sich dagegen, dass für die festgelegten BSAB Höste und Hohne keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden sei. Das Landesbüro setze sich kritisch mit einer Vertiefung des BSAB Hohne auseinander und bemängelte auch hier, dass keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden sei. Hinsichtlich einer möglichen Vertiefung des BSAB Hohne stellte sie fest, dass der Regionalplan Flächen festlege, in denen die Rohstoffgewinnung vor konkurrierenden Nutzungen Vorrang habe. Der Regionalplan lege aber keine Abbautiefen fest. Die Umweltprüfung des Regionalplans sei auf die festgelegten Flächen beschränkt. Da eine Abbautiefe nicht festgelegt werde, erübrige sich hierzu eine Umweltprüfung. Selbstverständlich werde bei der Feststellung des Versorgungsbedarfs eine Rohstofftiefe angesetzt. Dies erfolge in der Regel aufgrund der Firmenangaben und der Rohstoffkarte des Geologischen Dienstes. Für den BSAB Hohne habe das Unternehmen ein hydrogeologisches Gutachten vorgelegt, nachdem bis zu einer bestimmten Abbautiefe abgegraben werden könne, ohne dass die Kalktuffquellen beeinträchtigt würden. Die Plausibilität dieses Gutachtens sei von der Oberen Wasserbehörde bejaht worden. Vor diesem Hintergrund sei entsprechend der Festlegung des LEP, dass eine vollständige Gewinnung erfolgen solle, bei der

Ermittlung des zur Verfügung stehenden Rohstoffvolumens die Abbautiefe berücksichtigt worden, bei der entsprechend des auf Plausibilität geprüften Gutachtens keine Beeinträchtigung der Kalktuffquellen zu befürchten wäre.

Frau Becker - Landesbüro der Naturschutzverbände - erläuterte, dass eine Darstellung bereits genehmigter Abbauflächen im Regionalplan entbehrlich sei, da die Abgrabung im Rahmen der Genehmigung auch ohne BSAB-Darstellung möglich sei. Dass der Bereich trotzdem dargestellt sei, mache deutlich, dass die Regionalplanungsbehörde von einer Erweiterung der Abbautiefe ausgehe und zusätzliche Genehmigungen ermöglichen wolle. Bei einer Abbauvertiefung komme es mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung der Kalktuffquellen, eines prioritären Lebensraumtyps im FFH-Gebiet. Die Prüfung, ob eine Beeinträchtigung erfolgen werde, könne nicht auf die Projektebene verschoben werden, sondern müsse nach naturschutzrechtlichen Vorgaben vollumfänglich auf der Planungsebene erfolgen. Dies sei schon deshalb sinnvoll, weil auf der Planungsebene andere Möglichkeiten bestünden, Alternativenprüfungen vorzunehmen. Deshalb sei es dringend geboten, eine vollumfassende FFH-Verträglichkeitsprüfung schon auf der Regionalplanungsebene durchzuführen und sie nicht auf die Projektebene zu verlagern.

Frau Wiering entgegnete, genehmigte Abgrabungen würden immer dargestellt, solange dort noch Rohstoff vorhanden sei, der zur Bedarfsdeckung beitrage. Im Übrigen habe die Landesplanungsbehörde auf Anfrage bestätigt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung der nicht festgelegten Abbautiefe nicht erforderlich sei.

Frau Kraus bestätigte, dass das Umweltministerium diese Aussage teile.

Herr Krasting – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – erklärte, die Bürgerinitiative habe ein Rechtsgutachten zur Synopse angefordert und bat daraus zitieren zu dürfen.

Herr Schmied lehnte dies ab und erklärte, er habe anderen Verfahrensbeteiligten auf Nachfrage nicht zugestanden, in diesem Erörterungstermin neue Rechtsgutachten vorzulegen. Grundsätzlich sei weder der Regionalplanungsbehörde noch den anderen anwesenden Verfahrensbeteiligten zumutbar, solche umfangreichen juristischen bzw. fachlichen Ausführungen „stante pede“ zu prüfen und zu bewerten. Er schlug vor, lediglich die Quintessenz des Gutachtens vorzutragen und das Gutachten der Regionalplanungsbehörde zu übergeben. Es werde dann geprüft und in die weitere Abwägung einbezogen. Sofern die Bewertung zu einem anderen Ergebnis führe, müsse ggf. nacherörtert werden.

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – bedauerte dieses Vorgehen. Sie fasste zusammen, dass einem ministeriellen Erlass zufolge für Regionalplanänderungen eine vollständige FFH-Verträglichkeitsprüfung unter Berücksichtigung aktueller Daten, hier die Erfassung des prioritären Lebensraumtyps "Kalktuffquellen", erforderlich sei. Wie von Frau Becker ausgeführt, sei eine Darstellung bereits genehmigter Abgrabungen als BSAB nicht erforderlich. Daher werde beantragt, auf eine Darstellung der BSAB im Teutoburger Wald vollständig zu verzichten. Aus ihrer Sicht könne das Verfahren nicht rechtssicher durchgeführt werden, wenn die BSAB innerhalb des FFH-Gebiets so dargestellt bleiben wie bisher. Man befürchte, dass bei Beibehaltung der Darstellungen eine Tieferlegung vorbereitet werde, die auf der Genehmigungsebene nicht mehr gestoppt werden könne, da es dort keine Alternativenprüfung mehr gebe. So sei bei den Genehmigungen aus 1998 und 1999 auf der Regi-

onalplanebene auch gesagt worden, dass das Thema "Wasser" noch auf der nachfolgenden Ebene beurteilt werde. Die Genehmigungen selbst hätten die Auflage gehabt, dass eine wasserrechtliche Erlaubnis noch zu erfolgen habe. Nach ihrer Kenntnis gebe es aber solche Genehmigungen für den Kalksteinabbau nicht – so fehle eine entsprechende Erlaubnis für den Steinbruch Höste, wo seit 19 Jahren abgegraben werde.

Herr Schmied bezog sich auf die Ausführungen von Frau Wiering. Er wiederholte, mit den BSAB würden keine Abbautiefen festgelegt. Eine Plausibilitätsprüfung, wieviel Rohstoff bis zu einer bestimmten Tiefe abgegraben werden könne, sei erfolgt. Im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens werde ein weiteres UVP-Verfahren erfolgen, in dem die Abbautiefe und die wasserrechtlichen Belange geprüft würden. Er fuhr fort, BSAB würden dargestellt, wenn dort abgegraben werde und die vorhandenen Rohstoffvorkommen in die Bedarfsermittlung eingeflossen seien. Alle Vorranggebiete würden auch dann dargestellt, wenn sie auf der nachfolgenden Ebene genehmigt und bereits umgesetzt seien. Beispielhaft nannte er Siedlungsbereiche, auf denen bereits Häuser stünden. Die Darstellung erfolge aufgrund entsprechender Vorgaben des LEP und sei auch aus Gründen der besseren Lesbarkeit des Regionalplans erforderlich.

Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – und Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – wiederholten ihre Bedenken, dass eine Darstellung des BSAB Hohne aus ihrer Sicht rechtswidrig sei, da die Abbautiefe, wenn auch nicht festgelegt, zumindest aber planerisch bei der Bedarfsermittlung zugrunde gelegt worden sei. Aus ihrer Sicht bedürfe es dazu einer umfänglichen FFH-Verträglichkeitsprüfung bereits auf der regionalplanerischen Ebene, wenn klar sei, dass eine Tieferlegung zu einer erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebiets führen könne. Ein einfaches hydrogeologisches Gutachten, das nur auf Plausibilität geprüft werde, sei dazu nicht ausreichend.

Frau Wiering wiederholte, dass eine Abbautiefe bei der Bedarfsermittlung für den BSAB Hohne nur insoweit berücksichtigt worden sei, wie sie durch das hydrogeologische Gutachten als unbedenklich festgestellt worden sei.

Frau Kraus erklärte, dass auch eine FFH-Verträglichkeitsprüfung auf Regionalplanenebene nur insoweit erforderlich sei, wie sie auf Grundlage der vorhandenen Daten möglich sei. Eine vollumfängliche FFH-Verträglichkeitsprüfung setze voraus, dass Kenntnisse über die tatsächliche Abbautiefe im Steinbruch vorliegen. Diese Kenntnisse lägen der Regionalplanungsbehörde aber nicht vor. Auch die jüngere Rechtsprechung erkenne inzwischen an, dass eine Verlagerung der FFH-Verträglichkeitsprüfung auf die nachfolgenden Fachverfahren zulässig sei. Die Grenze einer zulässigen Konfliktverlagerung dürfe allerdings nicht überschritten werden, d.h. die Planungsbehörde müsse davon ausgehen können, dass der Plan vollziehbar sei und FFH-verträglich umgesetzt werden könne. Die Regionalplanungsbehörde erfülle diese Voraussetzungen, denn aufgrund der Plausibilitätsprüfung des hydrogeologischen Gutachtens durch die Obere Wasserbehörde sei auf ihrer Ebene die Annahme gerechtfertigt, dass der Abbau im Rahmen der dort angegebenen Abbautiefe FFH-verträglich erfolgen könne. Die Regionalplanungsbehörde könne somit davon ausgehen, dass der Plan vollzogen werden könne.

Herr Bürgermeister Möhrke – Stadt Lengerich – erklärte, der Rat der Stadt Lengerich habe zum vorgelegten Planentwurf keine Bedenken erhoben, zum Schutz des FFH-Gebietes den bisher genehmigten Bereich für ausreichend befunden und sich für eine

Erweiterung der Abbautiefe ausgesprochen, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten. Mit Blick auf die bisherige Verfahrensdauer und nach der bisherigen Diskussion sei er in Sorge, ob die Arbeitsplätze der Region tatsächlich erhalten blieben. Auch könne er sich derzeit nicht vorstellen, wie nach Beendigung des Kalksteinabbaus neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Er gehe davon aus, dass die Stadt Lengerich dann zusätzliche Gewerbegebiete benötigte. Zum anderen sprach er sich dafür aus, entsprechend der Vereinbarung aus 1999 einen Diskussionsprozess mit allen Beteiligten aus Industrie, Politik und Verwaltung zu beginnen, in dem in mindestens einmal jährlichen Treffen Lösungen für den bevorstehenden Strukturwandel erarbeitet werden.

Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – forderte erneut eine vollumfängliche FFH-Verträglichkeitsprüfung durch die Regionalplanungsbehörde. Dazu führte sie aus, dass sich im Wege der vollumfänglichen FFH-Verträglichkeitsprüfung durch die Genehmigungsbehörde Erkenntnisse ergeben könnten, dass der Eingriff in das FFH-Gebiet erheblich sei und eine Abweichungsprüfung gem. § 34 Abs. 3 BNatSchG erforderlich mache. Im Wege der Abweichungsprüfung könne die Genehmigungsbehörde sich darauf berufen, dass das öffentliche Interesse an der Abgrabung bereits von der Regionalplanungsbehörde festgestellt worden sei. Eine Alternativenprüfung wäre erfolglos, denn die Regionalplanungsbehörde habe die zeichnerischen Festlegungen aufgrund des ermittelten Bedarfs getroffen und in diesen Bedarf sei der Rohstoff aus dem BSAB Hohne eingeflossen. Eine Alternativenprüfung auf der Planungsebene käme zu einem ganz anderen Ergebnis. In Nordrhein-Westfalen gebe es einige Beispiele für dieses Vorgehen und deshalb sehe das FFH-Recht die vollumfängliche FFH-Verträglichkeitsprüfung bereits auf Planungsebene vor.

Frau Wiering verwies auf die Ausführungen von Frau Kraus. Sie ergänzte, die Befürchtung, eine Alternativenprüfung müsse erfolglos bleiben, sei durch das Abgrabungsmonitoring und das Fortschreibungserfordernis unbegründet. Bei allen geplanten Abgrabungsvorhaben sei ungewiss, ob sie in der Form, der Fläche und in der Tiefe verwirklicht werden könnten. Diese Komponenten beruhten immer auf Annahmen. Über das Abgrabungsmonitoring würden jährlich u.a. die Abgrabungsfortschritte geprüft. Würde sich daraus oder aus der Erkenntnis der Genehmigungsbehörde, dass das Volumen in Hohne nicht zur Verfügung stehe, ergeben, dass der Bedarf nicht mehr gedeckt werden könne, werde der Regionalplan fortgeschrieben. Damit sei die Alternative gegeben.

Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – bat um eine ergänzende Regelung im Regionalplan, dass durch eine Feststellung der Unverträglichkeit des Eingriffs in das FFH-Gebiet auf Genehmigungsebene die zeichnerische Festlegung des BSAB Hohne im Regionalplan unwirksam werde.

Herr Schmied lehnte es ab, dieser Anregung zu folgen, weil sie nicht den gesetzlichen und rechtlichen Regelungen entspreche.

Herr Krasting – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – äußerte erhebliche Zweifel an der Stichhaltigkeit des hydrogeologischen Gutachtens des Büros Schmidt und Partner bezüglich seiner Grundlagen, seiner Methodik und seiner Aussagekraft. In der Synopse seien die geäußerten Bedenken mit dem Hinweis der Kenntnisaufnahme beantwortet worden. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit einem Meinungsausgleichsvorschlag sei aber nicht erfolgt. Die Entscheidung der Regionalplanungsbehörde beruhe auf der Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde und die beziehe sich auf

den Umweltbericht der Fa. Bosch und Partner, der sich wiederum auf das Hydrogeologische Gutachten stütze. Vor diesem Hintergrund bat er um Einsicht in die Stellungnahme der oberen Wasserbehörde zur Plausibilität des Gutachtens.

Frau Wiering antwortete, da der Regionalplan keine Regelung zur Abbautiefe treffe, habe es keine Notwendigkeit gegeben, die Aussagekraft des Hydrogeologischen Gutachtens tiefer zu prüfen. Auf Ebene der Regionalplanung sei die Plausibilitätsprüfung der oberen Wasserbehörde ausreichend gewesen.

Auf Nachfrage von Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – erklärte Herr Schmied, dass ihm weder eine ausführliche schriftliche Stellungnahme der oberen Wasserbehörde vorliege noch die einzelnen Prüfschritte bekannt seien. Die Bestätigung der Plausibilität des Hydrogeologischen Gutachtens durch die zuständigen Kollegen aus dem Dezernat 54 habe ihm gereicht.

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – merkte an, dass viele Bürger aus der Region den Behörden gemeldet hätten, dass ihre Hausbrunnen trocken fallen und das Grundwasser zurückgehe. Das Fehlen einer wasserrechtlichen Erlaubnis, die Überwachung der Wasserverhältnisse und das Monitoring allein durch die Firmen und mehrjährige erfolglose Versuche, Daten zu erhalten, begründeten das Misstrauen der Bürgerinitiative.

Herr Schmied stellte vorbehaltlich der noch ausstehenden Prüfung des Rechtsgutachtens der Bürgerinitiative fest, dass ein Meinungsausgleich zu den Anregungsnummern 150-002, 150-003, 150-004, 150-005/H, 150-006, 150-007, 150-008, 150-013, 151-002, 151-010, 151-011, 151-012, 151-014, 151-015, 151-016, 151-017, 151-018, 151-019, 151-020, 151-021/H, 151-022, 151-023, 151-024/H, 151-025, 151-028/H, 151-033/H, 151-034, 151-035, 151-036, 151-037, 151-038, 151-039, 151-040, 151-041, 151-042/H, 151-043 und 151-078 nicht erzielt werden konnte.

Ohne weitere Aussprache wurde zu den Anregungsnummern 045-004, 534-001, 534-002, 534-004 und 540-001 Meinungsausgleich festgestellt.

Sonstiges

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – begründete ihre Anregung 150-012, ein Beweissicherungsverfahren für abbaubedingte Bauschäden bei einer möglichen Tieferlegung einzuführen. Da ein Beweissicherungsverfahren auf Ebene der Regionalplanung aber nicht festgelegt werden könne, erklärte sie Meinungsausgleich.

3.3.5 Gebiet der Stadt Lengerich

Erweiterung des BSAB Lengerich Hohne – Raumordnerische Einschätzung

Einleitend erklärte Frau Wiering, nach Auffassung der Stadt Lengerich sei die Festlegung der BSAB fachlich korrekt. Die Gemeinde Lienen befürchte, dass es nach Ablauf der genehmigten Abgrabung und einer evtl. Tieferlegung doch zu einer weiteren Rohstoffgewinnung in Lengerich komme und fordere daher die Ausweisung eines Naturschutzgebiets. Der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. stimme der Beurteilung eines FFH-Gebiets als weiches Tabukriterium zu. Der LNU – vertreten durch die

Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. widerspreche, dass die Produktion von Tiefbohrzement dem Versorgungsauftrag des LEP entspreche.

Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – erläuterte diese in Anregung Nr. 150-009 erfassten Bedenken.

Herr Schmied wiederholte die bereits unter dem Thema "Bedarfsanalyse" getroffene Aussage von Frau Wiering, dass die Landesplanungsbehörde auf Nachfrage bestätigt habe, dass Exportanteile mit zur Bedarfsdeckung der Volkswirtschaft gehörten.

Auf Anfrage von Herrn Bürgermeister Strietelmeier – Gemeinde Lienen – zu Anregungsnummer 060-007/H, welche Schritte die Gemeinde Lienen hinsichtlich der Ausweisung eines Naturschutzgebietes vorzunehmen habe, verwies Frau Kraus an die untere Naturschutzbehörde des Kreises Steinfurt.

Die Hinweise 051-001/H, 129-017/H und 150-010/H wurden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Die Anregungsnummern 117-001 und 117-002 waren zuvor dem Themenfeld "Allgemeine Aussagen zu Abgrabungen im Teutoburger Wald, u. a. zum Auslaufen der Abgrabungen zugeordnet worden. Die Anregungsnummern 115-008 und 151-048/H wurden in das Themenfeld "Abweichungsprüfung" verschoben.

Abweichungsprüfung (Umweltbericht - Anhang C)

Einleitend erklärte Frau Poguntke, die Abweichungsprüfung sei zu dem Ergebnis gekommen, dass ein öffentliches Interesse an der Abgrabung zu bejahen sei. In der Abwägung sei die Schutzwürdigkeit des FFH-Gebietes jedoch höher bewertet worden als das öffentliche Interesse. Der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. vertrete die Auffassung, dass die öffentlichen Belange Arbeitsplätze, Wirtschaftsstruktur, Marktposition der Firmen, Bedeutungen der Produkte und der besonderen Lagerstätte und der Verbundproduktion im Falle Dyckerhoff nicht hoch genug bewertet worden seien. Darüber hinaus bemängelten er wie auch andere Vertreter aus dem Bereich der Wirtschaft und die betroffenen Abgrabungsunternehmen, dass die Anrechnung von Kohärenzsicherungsmaßnahmen anders hätte erfolgen müssen und die Prognoseunsicherheit zu stark bewertet worden sei. Demgegenüber beklagten die Vertreter der Naturschutzverbände, dass die für den weiteren Abbau sprechenden öffentlichen und privaten Interessen zu hoch gewichtet worden, die FFH-Verträglichkeitsprüfung defizitär sei und eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für die bestehenden BSAB nicht vorgenommen worden sei. Zudem enthielten die Unterlagen Kartierfehler und -defizite.

Herr Prof. Dr. Schink – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – bezweifelte die Erheblichkeit des Eingriffs in das FFH-Gebiet. Zur Begründung führte er aus, dass die höhere Naturschutzbehörde in ihrer Stellungnahme davon ausgegangen sei, dass eine erhebliche Inanspruchnahme des Lebensraumtyps Waldmeisterbuchenwald schon vorliege, weil eine Flächeninanspruchnahme von 4 % gegeben sei. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sei eine Verträglichkeitsprüfung nicht erforderlich, wenn die Flächeninanspruchnahme eines FFH-Gebietes unterhalb von 1 % liege. Ein Umkehrschluss, dass eine erhebliche Beeinträchtigung bereits vorliege, wenn die Flächeninanspruchnahme mehr als 1 % betrage, sei nach

der Rechtsprechung noch nicht gerechtfertigt. Vielmehr hätte sich die höhere Naturschutzbehörde in ihrer Stellungnahme mit der Qualität der Beeinträchtigung auseinandersetzen müssen.

Die Bewertung des öffentlichen Interesses sei von der höheren Naturschutzbehörde zwar zutreffend herausgearbeitet worden. Die Herabwertung des öffentlichen Interesses durch die Prognoseunsicherheiten, die über den Zeitraum von 35 Jahren der Sicherstellung des Abbaus bestünden, sei aber nicht gerechtfertigt. Es stelle sich die Frage, weshalb die Unsicherheiten der Arbeitsplatzsicherung, die Unsicherheiten hinsichtlich des Bedarfs nach Tiefbohrzement oder die Unsicherheiten hinsichtlich der Kohärenzsicherung hinter dem Sicherstellungsinteresse am Erhalt dieses Lebensraumes zurückgestellt werden müssten.

Herr Prof. Dr. Dippel – ebenfalls Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – wies darauf hin, dass bei Kohärenzsicherungsmaßnahmen die Frage der Prognoseunsicherheit anders zu beurteilen sei als bei Schadensvermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, weil hier keine absolute Gewissheit verlangt werde, dass die angestrebte Wirkung eintrete, sondern dass nach aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand eine hohe Wahrscheinlichkeit ihrer Wirksamkeit bestehen müsse. Dies sei nach seiner Auffassung hinreichend nachgewiesen. Auch mit Blick auf ein mögliches flankierendes Risikomanagement seien die Kohärenzsicherungsmaßnahmen hier zu gering gewichtet worden, was im Ergebnis zu einer Abwägungsdisproportionalität führe. Vor dem Hintergrund, dass andere BSAB, die für die Fa. Dyckerhoff wirtschaftlich nicht erreichbar seien, erweitert worden seien, bestehe ebenfalls ein Problem bei der korrekten Interessensabwägung. Da im Rahmen der Bedarfsermittlung die Planungswünsche der anderen Unternehmen berücksichtigt worden seien, hätte dies auch in Gesprächen mit der Fa. Dyckerhoff stärker thematisiert werden müssen.

Herr Prof. Schmalz – Vertreter des BUND NRW – widersprach der Auffassung von Herrn Prof. Dr. Schink, dass sich die höhere Naturschutzbehörde in ihrer Stellungnahme mit der Qualität der Beeinträchtigung nicht auseinandergesetzt habe. Dies sei lediglich eine Verfahrensfrage. Maßgeblich sei das Ergebnis der Abwägung, dass der Schutz des FFH-Gebietes Vorrang vor den anderen Interessen habe. Die höhere Naturschutzbehörde habe das öffentliche Interesse auch nicht abgewertet, es seien nur die Belange des Naturschutzes höher bewertet worden und hätten Vorrang bekommen. Dieses Ergebnis werde ausdrücklich begrüßt.

Zur Qualität der Beeinträchtigung durch den Eingriff trug Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – vor, dass die höhere Naturschutzbehörde keinen Beweis für Naturschutzwürdigkeit antreten müsse, wenn zur Durchführung der Maßnahme offensichtlich ein gesamter Gebirgsrücken weggesprengt und in kleinen Säcken abtransportiert werden solle. Kein anderer Eingriff in die Natur sei mit größeren Beeinträchtigungen in die Natur verbunden als der Kalkabbau, denn die Sprengungen wirkten auch noch weit über die Abbauflächen hinaus.

Frau Poguntke führte aus, dass die höhere Naturschutzbehörde die Position vertrete, dass Kohärenzsicherungsmaßnahmen erst zu betrachten seien, wenn im Rahmen einer Abweichungsprüfung die Entscheidung getroffen worden sei, eine Maßnahme könne aufgrund überwiegenden öffentlichen Interesses und Alternativlosigkeit durchgeführt werden. Der Leitfaden der Europäischen Kommission schreibe diese Reihenfolge ganz klar vor.

Obwohl die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts feststelle, dass mit größeren Planungszeiträumen, auch wenn diese hinsichtlich der Art der hier in Rede stehenden Planung immanent seien, die Prognoseunsicherheiten steigen, habe die höhere Naturschutzbehörde im überarbeiteten Anhang C des Umweltberichts inzwischen dezidiert dargelegt, dass der Eingriff in das FFH-Gebiet nicht ausschließlich wegen der Prognoseunsicherheiten abgelehnt werde. Es seien weder das öffentliche Interesse an der Sicherung von Arbeitsplätzen noch das öffentliche Interesse an der Produktion und dem Export von Tiefbohrzement verneint worden, die Schutzwürdigkeit des Gebiets sei aber im Abwägungsprozess höher gewichtet worden als das öffentliche Interesse.

Zur Qualität des Gebietes sei im Verfahren eine erneute Stellungnahme des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz eingeholt worden. Daraus ergebe sich eindeutig, dass der Lebensraumtyp 9130, der Waldmeisterbuchenwald, einen Eingriff in dieser Größenordnung nicht verkraften könne und dass die Integrität des FFH-Gebietes durch den Eingriff aus quantitativer und qualitativer Betrachtung gefährdet sei.

Herr Tigges – vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – hielt an seinen Bedenken fest, dass die Nichtdarstellung des BSAB durch eine zu hohe Gewichtung von Prognoseunsicherheiten begründet sei. Ein erheblicher Eingriff in das FFH-Gebiet werde nicht bestritten.

Herr Krasting – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – kritisierte, dass die Diskussion durch eine Polarisierung zwischen öffentlichem Interesse und Naturschutz dominiert werde, die die Bürgerinitiative gar nicht sehe. Es entspreche den Statistiken – auch der Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen –, dass allein von 1990 bis 2011 oder 2012 vorwiegend im Dienstleistungssektor 20 % mehr Arbeitsplätze geschaffen worden seien, während aus der Produktion seit Jahren Arbeitsplätze zurückgingen. Diese Entwicklung setze sich fort.

Der Naturschutz sei nicht nur ein Wert für sich. Vielmehr bestehe ein massives öffentliches Interesse daran, dass in einer boomenden Region eine vernünftige Umwelt mit einer guten und intakten Gebietskulisse bestehen bleibe.

Herr Rapien – Kreis Steinfurt – verwies auf bisherige Strukturanpassungen im Kreis Steinfurt in der Textilbranche, durch die Bundeswehrkonversion und den Zusammenbruch von Karman am Standort Rheine. Durch die Stilllegung des Bergwerks in Ibbenbüren seien weitere Arbeitslosenzahlen zu erwarten. Er hoffe, dass sich die guten Prognosen hinsichtlich der Arbeitsplatzentwicklung im Kreis Steinfurt bewährten. Dies sei aber keineswegs gewährleistet.

Herr Dr. Göske – Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen – bestätigte dies. Er verwies auf Multiplikatoreffekte, die sich ergäben, wenn ein Unternehmen seinen Produktionsstandort schließe oder in nennenswertem Umfang abbaue. In der Regel schlage sich das auch auf die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche nieder, insbesondere auf den Dienstleistungsbereich. Trotz der aktuell hervorragenden Wirtschaftsdaten bestehe auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre eine nicht unerhebliche Prognoseunsicherheit. Sicher sei nur die Gewissheit, dass die Konjunktur nicht dauerhaft so anhalten werde. Vor diesem Hintergrund sei zu berücksichtigen und stärker zu gewichten, dass die Schließung eines Produktionsstandortes dauerhaft sei und diese Arbeitsplätze endgültig verloren seien.

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – gab zu bedenken, dass ein Naturschutzgebiet nicht dazu instrumentalisiert werden könne, einen wirtschaftlichen Strukturwandel auszugleichen. In der Vergangenheit hätten Flächenausweisungen für die kalksteinverarbeitende Industrie keinesfalls zur Beschäftigungssicherung geführt. Vielmehr habe, nachdem der Fa. Dyckerhoff im Jahr 1999 rd. 30 ha Erweiterungsflächen zur Erhaltung von 600 Arbeitsplätzen genehmigt worden waren, 2 Jahre später ein massiver Beschäftigungsabbau stattgefunden. Heute habe die Fa. Dyckerhoff nur noch 200 Beschäftigte.

Hinweis: Im Rahmen der Protokollabstimmung wies das Landesbüro der Naturschutzverbände darauf hin, dass es sich bei den Erweiterungsflächen nur um ungefährde Werte handele und dass sich die 30 ha auf beide Firmen bezögen.

Herr Prof. Dr. Schink – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – erklärte, dass ihm die Stellungnahme des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz nicht bekannt sei. Die im Internet veröffentlichte Abweichungsprüfung der höheren Naturschutzbehörde sehe die Flächeninanspruchnahme zunächst als ausschlaggebendes Kriterium an und gewichte sie bei der Abwägungsentscheidung höher als das öffentliche Interesse. Zur qualitativen Bestimmung des Eingriffsortes fehlten Feststellungen, ob auf der gesamten Eingriffsfläche Waldmeisterbuchenwaldbestand sei, in welcher Qualität er ggf. vorhanden sei und in welcher Weise eine Beeinträchtigung zu erwarten sei. Diese naturschutzfachlichen Fragen seien argumentativ zu untermauern. Er gab außerdem zu bedenken, dass eine Prognoseunsicherheit genauso gut für den wertvollen Waldbestand gelte. Denn man wisse nicht, wie sich der Lebensraumtyp Waldmeisterbuchenwald im Klimawandel oder anderen Herausforderungen weiterentwickele. Die vorgenommene Prüfung der höheren Naturschutzbehörde und die Gewichtung der Belange seien für ihn unvollständig und nicht nachvollziehbar. Da eine Abwägung in dieser Weise nicht zulässig sei, müsse sie erneut vorgenommen werden.

Frau Kraus räumte ein, dass die Stellungnahme der höheren Naturschutzbehörde zum Stand des Erarbeitungsverfahrens möglicherweise nicht genügend nachvollziehbar gewesen sei. Aufgrund der hierzu eingegangenen Stellungnahmen vonseiten der Verfahrensbeteiligten und aus der Öffentlichkeitsbeteiligung sei Anhang C des Umweltberichts umfassend überarbeitet worden; dies gelte insbesondere auch für die Argumentationslinie zur Prognoseunsicherheit.

Klar sei, dass im Einzelfall abzuwägen sei zwischen der Integrität des FFH-Gebietes und dem anerkannten öffentlichen Interesse. Vor diesem Hintergrund sei das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz im weiteren Verfahren um eine Stellungnahme gebeten worden, ob die Integrität des FFH-Gebietes "Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg" gefährdet sei, wenn ein erweiterter BSAB in dieser Größenordnung dargestellt werde, auch vor dem Hintergrund, dass der Bereich zum Teil weniger wertvollen Baumbestand aufweise. Tatsächlich gebe es Fehlbestockungen; nicht alles sei Waldmeisterbuchenwald-Lebensraumtyp in dieser Qualität. Aufgrund der abiotischen Voraussetzungen auf dem Kalksteinzug sei der Waldmeisterbuchenwald aber als Lebensraumtyp zu erwarten. Schließlich seien auch diese Entwicklungsflächen vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz als sehr wertvoll und sehr bedeutsam für die Integrität des Gebietes bewertet worden. Für die Abwägungsentscheidung der höheren Naturschutzbehörde sei neben der Integrität des Gebietes auch die Frage der Kohärenz im gesamten Netz Natura 2000 von Be-

deutung gewesen. Das Besondere sei die Lage des hier betroffenen Teils des Teutoburger Waldes im Raum an einer Grenze zwischen zwei biogeographischen Regionen und einer Florengrenze. Im gesamten Gebiet befänden sich viele naturschutzfachliche Besonderheiten, die das Gewicht dieses Bereichs ausmachten.

Keineswegs wolle sie die Belange der Arbeitsplätze herabsetzen. Die Entscheidung sei ihr nicht leichtgefallen, aber das Unionsrecht gebe für die Abweichungsprüfung die Vorgabe, dass einer Ausnahme nur unter sehr strengen Voraussetzungen zugestimmt werden dürfe. Aufgrund der Lage im Raum, der abiotischen Verhältnisse und der vielen naturschutzfachlichen Besonderheiten musste sie zu dem Ergebnis kommen, dass an dieser Stelle die Belange des Naturschutzes höher zu gewichten seien als das öffentliche Interesse.

Herr Dr. Lau – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – wunderte sich, dass die Regionalplanungsbehörde zwar anerkannt habe, dass die Marktstruktur nicht sonderlich gut sei, eine weitere Verschlechterung aber als nicht so problematisch bewertet habe. Derartige Überlegungen seien ihm weder vom Bundeskartellamt noch von den einzelnen Kartellsenaten bekannt. Nach gängiger Praxis müsse vielmehr einer weiteren Verschlechterung umso aufmerksamer entgegengetreten werden.

Hinsichtlich der wegfallenden Arbeitsplätze sei bisher nur ihre Quantität betrachtet worden. Der Verweis auf Kompensationsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor gehe insoweit fehl, als im Dienstleistungssektor in der Regel andere Qualifikationen erforderlich seien als in der Industrie mit eher niedrighschwelligen Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte. Die weitere Entwicklung bringe daher auch soziale Ungleichheit mit sich. Dieser Aspekt müsse in die Bewertung des öffentlichen Interesses einbezogen werden.

Er wies darauf hin, dass nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Kohärenzmaßnahmen in die Bewertung des öffentlichen Interesses einbezogen werden müssten.

Herr Bürgermeister Strietelmeier – Gemeinde Lienen – schloss sich seinen Vorrednern hinsichtlich der Bewertung der Arbeitsplätze im Abwägungsprozess an. Er wies darauf hin, dass nicht nur in Ibbenbüren durch den Wegfall des Bergbaus, sondern auch im nahegelegenen Dissen in Niedersachsen in Kürze ca. 1.200 Industriearbeitsplätze bei Homann Feinkost wegfallen. Auch dort arbeiteten viele Leute aus Lienen und Umgebung. Aufgrund der geografischen Randlage Lienens im Osten des Kreises Steinfurt gebe es ausschließlich bis Lengerich, Tecklenburg und Ibbenbüren gute öffentliche Verkehrsverbindungen. Neue Arbeitsplätze außerhalb dieser Verbindungen seien nur mit den PKW zu erreichen. Lienenener könnten nicht einfach nach Ochtrup fahren. Vor diesem Hintergrund wiederholte er seine Forderung, der Fa. Calcis noch für einen Übergangszeitraum von 10 Jahren weiteren Kalksteinabbau zu ermöglichen. Der Verlust von ca. 50 Arbeitsplätzen bei der Fa. Calcis, 320 weiteren Arbeitsplätzen in den Zulieferbetrieben in Lienen und Umgebung sei für einen Ort mit 8.600 Einwohnern und ein paar Tausend Beschäftigten sehr viel. Schlimmstenfalls würden viele Leute aus Lienen wegziehen. Dies sei gesamträumlich zu betrachten.

Herr Lange - Deutscher Gewerkschaftsbund NRW – vermisste in der Erörterungsliste seine Anregungen 136-001 bis 136-007. [Hinweis der Protokollführerin: Die Anregungsnummern 136-001 bis 136-004 und 136-006 waren unter der Thematik "Textliche Festlegungen, Erläuterungskarten und Bedarfsanalyse" bereits erörtert worden.

Zu den Anregungsnummern 136-001 bis 136-004 konnte Meinungsausgleich festgestellt werden, zu Anregungsnummer 136-006 nicht. Zu Anregungsnummer 136-005 hatte Herr Lange unter dem Thema "Abgrabungskonzept (Anlage zu den textlichen Festlegungen)" keinen Meinungsausgleich erklärt. Ebenso hatte Herr Nicolai-Koß unter dem Thema "Allgemeine Aussagen zu Abgrabungen im Teutoburger Wald, u. a. zum Auslaufen der Abgrabungen" zur Anregungsnummer 136-007 keinen Meinungsausgleich erklärt.]

Er fuhr fort, im Kreis Steinfurt lebten 1466 junge Menschen zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsausbildung mit Arbeitslosengeld II-Bezug. Der Arbeitsmarkt sei somit auch im Kreis Steinfurt nicht rosig. Dass im Abwägungsprozess die Belange der Arbeitsplätze ganz nach hinten geschoben würden und davon ausgegangen werde, dass die Menschen, die durch die Beendigung des Kalkabbaus ihren Arbeitsplatz verlören, im Dienstleistungssektor unterkämen, sei trügerisch, denn gerade dort herrschten die meisten prekären Beschäftigungsverhältnisse. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Ansiedlungen von Amazon und ähnlichen Unternehmen, die zwar viele Arbeitsplätze, aber keine guten Verdienstmöglichkeiten böten. Ganz aktuell gebe es von der Landesregierung ein Bekenntnis zu Industriearbeitsplätzen. Er fragte, welche gleichwertigen Ersatzarbeitsplätze aus welchen Bereichen geschaffen würden und wie in Lienen Übergänge gestaltet werden könnten, die ein Auslaufen des Kalksteinabbaus sozialverträglich gestalten könnten.

Herr Schmied erklärte, die Belange der Arbeitsplätze seien ganz gewiss nicht oberflächlich abgearbeitet worden. Ungeachtet der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen und ihren Einzelschicksalen sei aber auch klar, dass in einer Region mit einer guten konjunkturellen Situation und einer Arbeitslosenquote unter 5 % das Gewicht der Arbeitsplätze nicht den Stellenwert habe wie in strukturschwachen Regionen. Wenn in den vorangegangenen Wortbeiträgen massiver Verlust von Arbeitsplätzen in der Region beklagt worden sei, könne er dem entgegenhalten, dass hier auch neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Beispielhaft nannte er u.a. 500 neue Arbeitsplätze bei Coppenrath in Mettingen, weitere 500 neue Arbeitsplätze bei Hermes am FMO sowie mehrere hundert neue Arbeitsplätze bei Schmitz-Cargobull. Er gehe davon aus, dass diese Unternehmen auch viele Stellenangebote für gering Qualifizierte anbieten würden. Dass hochqualifizierte Arbeitsplätze dringend gesucht würden, sei ohnehin klar.

Herr Dr. Wolf erinnerte daran, dass in der Regionalplanung Nutzungsansprüche an einen Raum abzuwägen seien; bei der Gewichtung der Beschäftigung müssten in der Abwägung immer auch Auswirkungen auf andere Schutzgüter betrachtet werden, die von der Planung betroffen seien. Zudem könne Regionalplanung keine strukturellen Arbeitsmarktprobleme lösen.

Soweit in diesem Termin Arbeitsplatzverluste bei der Fa. Calcis und nachfolgende Multiplikatoreffekte im engeren Umfeld des Unternehmens bzw. in der Region angesprochen worden seien, hätten die Gutachten bundesweite Verflechtungen ermittelt. Lienen selbst seien zum Verlust von damals 41 Arbeitskräften bei Calcis nur Effekte für 3 weitere Arbeitsplätze im Worst Case zugerechnet worden. Für das Münsterland insgesamt kämen lediglich 16 Arbeitsplätze zu den 41 hinzu. Dieses Ergebnis sei der Ansatz für seine planerische Betrachtung.

Herr Rapien – Kreis Steinfurt – bedauerte, dass keine quantitative Bewertung des Arbeitsplatzabbaus in Ibbenbüren erfolgt sei. Mit Blick auf den kurzfristigen Wegfall von

2.000 Arbeitsplätzen bestehe auch eine Prognoseunsicherheit bezüglich einer Vollbeschäftigung im Kreis Steinfurt.

Herr Lütke – Vertreter des NABU - Kreisverband Steinfurt – wies darauf hin, dass viele der betroffenen Bergleute wieder ins Saarland zurückgehen würden.

Leider hätten sich die regionalen Akteure nicht an die getroffene Absprache gehalten, einen runden Tisch zu bilden, um den strukturellen Folgen der zu erwartenden Arbeitsplatzverluste mit einem Vorlauf von über 20 Jahren zu begegnen. Die vielfach beschriebene Situation, dass das Ende des Kalksteinabbaus für die Unternehmen überraschend gekommen sei, gebe es gar nicht.

Herr Krasting – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – machte deutlich, dass das Rohstoffvorkommen endlich sei und somit auch eine zeitliche Begrenzung des Abbaus. Er appellierte an die Verantwortlichen, den Abbau zu stoppen, bevor die befürchteten Umweltschäden tatsächlich eintreten. Die Einrichtung eines runden Tisches sei immer noch möglich.

Herr Dr. Harengerd – Vertreter des BUND NRW – bezweifelte, dass das Interesse der Unternehmen an einem weiteren Rohstoffabbau durch etwaige Vereinbarungen nachlassen würde.

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – befürchtete, dass sich die Diskussion pro und contra Kalksteinabbau im Teuto alle 20 Jahre wiederholen werde. Für Lienen gebe es vielfältige Möglichkeiten, potentiellen Neubürgern unabhängig vom weiteren Kalksteinabbau ein attraktives Umfeld zu bieten.

Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – hob hervor, dass die Naturschutzverbände grundsätzlich das Abwägungsergebnis begrüßten. De facto sei aber zu kritisieren, dass nicht alle Belange des Naturschutzes, die zur Entscheidung hätten berücksichtigt werden müssen, in die Abwägung der höheren Naturschutzbehörde eingeflossen seien.

Herr Dr. Göske – Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen – wies darauf hin, dass viele zukunftsfähige nicht industrielle Arbeitsplätze von der Rohstoffindustrie abhängig seien. Eine schleichende De-Industrialisierung müsse daher verhindert werden. Er befürchtete, dass die Fa. Calcis Markteinbußen hinnehmen müsse, wenn der Rohstoff aus großer Entfernung angefahren werden müsse. Auch aus Gründen des Umweltschutzes sei diese Lösung nicht zu begrüßen. Auch er sprach sich für die Einrichtung eines runden Tisches aus.

Herr Bürgermeister Möhrke – Stadt Lengerich – schloss sich diesem Wunsch an. Er wies auch darauf hin, dass der Rat der Stadt Lengerich seine frühere Position aufgegeben habe und sich nach einem langen Abwägungsprozess gegen eine Erweiterung des BSAB ausgesprochen habe.

Auch Herr Nicolai-Koß - Deutscher Gewerkschaftsbund NRW – befürwortete die Einrichtung eines runden Tisches. Es müsse geklärt werden, was passiere, wenn die Arbeits- und Ausbildungsplätze der Unternehmen wegfallen, welche neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten und welche Mittel hierfür benötigt würden.

Herr Prof. Dr. Dippel – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – meldete Zweifel an, dass die höhere Naturschutzbehörde vor dem Hintergrund des

grundsätzlich anerkannten öffentlichen Interesses an der Herstellung von Tiefbohrzement die volks- und betriebswirtschaftlichen Belange ihrer Entscheidung beurteilen könne.

Abschließend erinnerte er daran, dass der Hinweis von Herrn Dr. Lau zur Bewertung von Kohärenzmaßnahmen bisher noch nicht beantwortet worden sei.

Herr Tigges – vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – bat um eine Stellungnahme zur Bewertung der Marktstruktur. Die Aussage im Meinungsausgleichsvorschlag der Regionalplanungsbehörde zu Anregungsnummer 129-011 - es stelle sich die Frage, inwieweit Importe mögliche Produktionsausfälle im Inland auffangen könnten – widerspreche jeglicher Zielsetzung der Standortförderung in Nordrhein-Westfalen.

Herr Schmied erwiderte, der Erstauftrag der Regionalplanungsbehörde sei die Sicherung der Rohstoffversorgung. Dieser Auftrag sei mit dem vorgelegten Planentwurf erfüllt worden.

Die Bedeutung der Marktstruktur für die Wettbewerbsfähigkeit erkannte er an. Konsequenzen auf die Marktstruktur seien nicht von der Hand zu weisen. Gleichwohl seien verschiedene Szenarien denkbar. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Unternehmen aus dem Markt treten, könne er nicht beurteilen. Wie die Wettbewerber auf diese Situation reagieren würden, sei völlig unklar. Es sei jedenfalls nicht zwingend, dass sich ein Oligopol verfestige. Da sich auch andere Entwicklungen ergeben könnten, sei das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Marktstruktur weniger hoch gewichtet worden.

Frau Kraus führte aus, im Rahmen der Prüfung, ob das anerkannte öffentliche Interesse überwiege, seien nur solche Kohärenzsicherungsmaßnahmen zu berücksichtigen, die geeignet seien, die Integrität des Gebietes zu stützen. Die Europäische Union gehe davon aus, dass eine Abweichungsprüfung nicht durch die Anrechnung von Kohärenzsicherungsmaßnahmen unterlaufen werden dürfe. Nach Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts habe der Erhalt der biologischen Vielfalt Vorrang vor dem Ausgleich. Nach dem EuGH Urteil vom 11.04.2013 (EuGH Urteil vom 11.4.13 – C 258/11) kämen Ausgleichsmaßnahmen erst dann in Betracht, wenn Beeinträchtigungen eines FFH-Gebietes aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses in Abwesenheit einer zumutbaren Alternative hin- genommen werden müssten.

Hier sei in der Einzelfallprüfung geprüft worden, wo die Kohärenzsicherungsmaßnahmen geeignet seien, die Integrität des Gebietes zu stützen. Bekanntermaßen seien bereits viele Maßnahmen umgesetzt worden, aber da, wo sie bedeutend seien, wo der Teutoburger Wald schmal und der Steinbruch schon relativ groß sei, gäbe es mangels Standortvoraussetzungen hierfür nicht genügend Fläche.

Herr Dr. Lau – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – entgegnete, der Europäische Gerichtshof stelle in seiner Entscheidung lediglich fest, dass am Ende ausgeglichen werden müsse. Es gebe an keiner Stelle Aussagen, inwieweit die Ausgleichbarkeit bei der Entscheidung über das Überwiegen der zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses schon einfließen könne. Durch jüngere Entscheidungen sei klargestellt, dass der schlichte Ausgleich nichts am Befund der Erheblichkeit ändere. Umgekehrt habe die Europäische Kommission in mehreren Stellungnahmen zu Gewichtungsentscheidungen, ob die Verluste für dieses Gebiet unwiederbringlich nicht ausgleichbar seien, darauf abgehoben, dass der Aspekt der Kompensierbarkeit eine Rolle spiele.

Da zur Thematik keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen stellte Herr Schmied als Ergebnis der Erörterung fest, dass zu den Anregungsnummern 045-001, 115-008, 129-018, 129-019, 129-020, 129-021, 129-022, 129-023, 129-024, 129-025, 129-026, 129-027, 129-028, 150-011, 150-014, 150-015, 151-029, 151-030, 151-031, 151-032, 151-044, 151-045, 151-047, 151-048, 151-049, 151-050, 151-051, 151-052, 151-053, 151-054, 151-055, 151-056, 151-057, 151-058, 151-059, 151-060, 151-061, 151-062, 151-063, 151-064, 151-065, 151-066, 151-067, 151-068, 151-069, 151-070, 151-071, 151-072, 151-073, 151-074, 151-075, 151-076, 151-077, 151-079, 151-080, 151-081, 151-082 und 534-003 kein Meinungsausgleich erzielt werden konnte.

Frau Becker – Landesbüro der Naturschutzverbände – wies abschließend noch einmal darauf hin, dass das für das Ergebnis der Abweichungsprüfung Meinungsausgleich bestehe. Kein Meinungsausgleich bestehe zur Nichtberücksichtigung weiterer naturschutzfachlicher Belange im Abwägungsprozess.

Die Hinweise 109.1-002/H und 119-007/H wurden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Sonstige Anregungen/Bedenken – insbes. zum bestehenden BSAB

Frau Dr. Heising – Stadt Lengerich – erklärte zu Anregungsnummer 051-003 Meinungsausgleich.

Herr Schmied stellte zu den Anregungsnummern 060-008 und 540-002 Meinungsausgleich fest.

Der Hinweis 238-001/H wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.3.6 Gebiet der Gemeinde Lienen

Raumordnerische Einschätzung, Anregungen zur Darstellung eines BSAB "Calcis"

Einleitend erklärte Frau Wiering, die Gemeinde Lienen weise auf die Konsequenzen hin, die mit einer Schließung des Kalkwerkes der Fa. Calcis verbunden wären und rege eine Erweiterung der Abgrabung für einen Übergangszeitraum von 10 Jahren an.

Die Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen, die Handwerkskammer Münster, vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. und der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie wiesen auf den Verlust der Arbeitsplätze und die Konsequenzen für die Unternehmen hin.

Aus der Öffentlichkeitsbeteiligung seien Einwender zusammengefasst, die sich unter Hinweis auf die Konsequenzen und die große Bedeutung der hergestellten Produkte für eine Erweiterung aussprächen.

Die Landesplanungsbehörde habe auf Anfrage der Regionalplanungsbehörde bestätigt, dass die bisherige rechtliche Einschätzung zur Berücksichtigung von Eigentumsverhältnissen bei der Festlegung von BSAB angesichts der von dem Unternehmen Calcis vorgetragenen Argumente aufrechterhalten werde. Auch das von der Regionalplanungsbehörde in Auftrag gegebene Rechtsgutachten des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster komme zu dem Ergebnis, dass Eigentum auf Ebene der Regionalplanung kein zu berücksichtigender Belang sei.

Herr Tigges – vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – sprach sich für eine deutlich genauere Qualitätsdifferenzierung des vorhandenen Rohstoffs aus. Er kritisierte, dass die zukünftige Zweckverwendung nicht angemessen berücksichtigt worden sei.

Herr Prof. Dr. Schink – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – räumte ein, dass nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen und des Bundesverwaltungsgerichts eigentumsbezogene Interessen in der Regionalplanung nicht berücksichtigt werden müssen. Damit seien für die Zukunft Abgrabungen auf dieser Fläche ausgeschlossen. Zugleich liege damit eine Situation vor, in der einem Eigentümer durch die Regionalplanung letztlich eine potenzielle Nutzungsmöglichkeit genommen werde mit dem Ergebnis, dass seine Eigentümerbelange vor dem Hintergrund eines fehlenden Zugriffsrechts auf eine andere Abgrabung und fehlender Betrachtungen an die Rohstoffqualität jemals in die Abwägung eingestellt werden. Dies halte er für rechtlich unzulässig, zumal gerade die Öffentlichkeitsbeteiligung und die SUP der Regionalplanung Ansatzpunkte für eine Berücksichtigung konkreter privater und damit auch Eigentümerbelange biete. Insbesondere das SUP-Recht sehe vor, dass die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung in die Bewertung und im Ergebnis letztlich auch in die Entscheidung über die Annahme des Plans eingehen müsse. Wenn letztlich der Eigentümer seine privaten Belange wegen der Rechtswirkungen, die der Regionalplan zeitige, nur auf der Ebene des Regionalplans einbringen könne, dann ergebe sich aus der Eigentumsgarantie und aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Garzweiler, dass der Eigentümer an dieser Stelle seine Eigentümerbelange einbringen könne und dass diese in der Abwägung zu berücksichtigt seien. Im konkreten Fall müsse daher auch eine Auseinandersetzung mit der Frage erfolgen, ob man die von Calcis präferierte Potentialfläche ausschließen könne, weil Kalkvorkommen an anderer Stelle zwar vorhanden seien, aber dem Eigentümer darauf möglicherweise der Zugriff verweigert werde.

Herr Schmied bestätigte, dass Eigentümerinteressen zu berücksichtigen seien und dies selbstverständlich auch in diesem Verfahren erfolgt sei. Bei dem BSAB Höste handele es sich um einen bereits genehmigten Abgrabungsbereich. Er sei umsetzbar und damit sei dem Interesse der Regionalplanungsbehörde voll und ganz Rechnung getragen. Die zivilrechtliche Problematik, dass diese Fläche sich im Eigentum der Fa. Dyckerhoff befinde, die Fa. Calcis somit keinen Zugriff habe und die Fa. Dyckerhoff auch nicht verkaufen wolle, könne aber auf der Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt werden.

Herr Dr. Kümper – Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster – erläuterte sein im Auftrag der Regionalplanungsbehörde angefertigtes Gutachten. Er führte im Wesentlichen aus, dass die Frage der Eigentümerbelange zwei unterschiedliche Rechtsfragen betreffe. Zum einen, ob auf Ebene der Regionalplanung eine abstrakte oder pauschalierende Betrachtung hinsichtlich der Eigentümerbelange anzustellen sei; zum anderen, ob auf die konkreten Eigentümerbelange Rücksicht genommen werden müsse.

Die Berücksichtigung konkreter Eigentümerbelange sei im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt. Konkret seien die Entwicklungschancen der Fa. Calcis ermittelt worden. Den Erfordernissen, dass der bestimmten Raumnutzung und -funktion Rechnung getragen werde und dass der ermittelte Bedarf gedeckt werde, sei durch

entsprechende Ausweisungen im Planentwurf Rechnung getragen worden. Demgegenüber sei die Frage, wer diese Raumfunktion wahrnehme, keine Frage der raumordnerischen Erforderlichkeit und unterliege auch nicht der Abwägung.

Herr Dr. Lau – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – wies darauf hin, dass bei dieser Betrachtung keine Ebene mehr bestehe, auf der die Fa. Calcis zum Zuge kommen könne. Zwar sei der gleichwertige Rohstoff in Höste in ausreichendem Umfang vorhanden. Unberücksichtigt geblieben sei aber, dass die Fa. Dyckerhoff als Eigentümerin des BSAB Höste, den Rohstoff für die Zementherstellung benötige, während die Fa. Calcis ihn für die Produktion von Kalk verwende. Dieser Bedarf hätte unter dem Gesichtspunkt des substantiellen Raumverschaffens näher betrachtet werden müssen. Abschließend fragte er, aus welchen Gründen die genehmigten Abgrabungsbereiche im Planentwurf dargestellt seien, der BSAB in Lienen aber nicht.

Frau Wiering antwortete, es seien die BSAB dargestellt, die mit Blick auf den sicherzustellenden Versorgungszeitraum noch langfristig der Rohstoffgewinnung zur Verfügung stehen. Dies treffe auf die Fläche in Lienen nicht zu, denn eine Tieferlegung sei wegen der niedrigeren Rohstoffqualität nicht wirtschaftlich.

Die Fragen zur Qualität des Rohstoffs und der Produktherstellung erübrigten sich, denn der Auftrag, für den Versorgungszeitraum von 35 Jahren eine ausreichende Menge Rohstoff zu sichern, sei mit der Darstellung des BSAB Höste erfüllt. Die Frage des Erhalts des Betriebsstandortes der Fa. Calcis sei regionalplanerisch nicht relevant.

Herr Prof. Dr. Schink – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – führte hierzu aus, dass bei dieser Betrachtung der Planungsauftrag, die Rohstoffsicherung für die volkswirtschaftliche Nutzung zu sichern, nicht erfüllt sei. Wegen der Rechtswirkungen von Vorranggebieten, die zugleich die Wirkung von Eignungsgebieten haben, seien die Festlegungen von BSAB nicht mit anderen Regionalplanfestlegungen zu vergleichen, denn sie hätten unmittelbare Ausschlusswirkungen für bestimmte Nutzungen.

Frau Elling-Augé – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – machte deutlich, dass nicht der Naturschutz den Betriebsstandort Lienen gefährde, sondern die Tatsache, dass sich die Firmen Calcis und Dyckerhoff nicht einigen könnten. Vor dem Hintergrund der bisherigen Zusammenarbeit beider Unternehmen z. B. bei der Erarbeitung eines Kompensationskonzeptes appellierte sie an beide Unternehmen, sich im Hinblick auf die Nutzung von Material aus dem Steinbruch Höste durch die Firma Calcis zu arrangieren.

Herr Bürgermeister Strietelmeier – Gemeinde Lienen – erklärte, er stimme Herrn Dr. Wolf hinsichtlich der Beschäftigungseffekte nicht zu, da die Gemeinde Lienen anders zu bewerten sei als der übrige Kreis Steinfurt.

Mit Blick auf die Fa. Calcis erhalte er die Forderung in Anregung 060-004 nach einem weiteren Abbau für den Übergangszeitraum von 10 Jahren aufrecht. Die von der Regionalplanungsbehörde getroffene Aussage, dass die Erfolgsaussichten einer Änderung der FFH-Gebietskulisse extrem gering und der Zeitaufwand dafür sehr hoch seien, erkenne er als Begründung nicht an.

Weiterhin forderte er die Einrichtung eines runden Tisches sowie Unterstützung durch die Bezirksregierung Münster.

Frau Kraus erläuterte die Verfahrensschritte einer Deklassifizierung eines FFH-Gebietes. Sie führte aus, das Bundesumweltministerium, die Europäische Kommission wie auch der Europäische Gerichtshof gingen von einer hohen Richtigkeitsvermutung der gemeldeten FFH-Gebiete aus, denn die fachlichen Anforderungen der gemeldeten Flächen seien zum Zeitpunkt der Meldungen von vielen Arbeitsgruppen auf nationaler und internationaler Ebene geprüft und bestätigt worden. Die Prüfschritte hätten einen Zeitraum von mehreren Jahren benötigt. Die Rücknahme eines FFH-Gebietes sei grundsätzlich nur möglich, wenn die Meldung aufgrund eines (wissenschaftlichen) Fehlers falsch gewesen sei. Diese Voraussetzung sei aber hier nicht erfüllt. Die Rücknahme eines FFH-Gebietes aus wirtschaftlichen Gründen setze immer eine Abweichungsprüfung voraus. Die Abweichungsprüfung habe stattgefunden und ergeben, dass die Integrität des FFH-Gebietes durch den Eingriff aus quantitativer und qualitativer Betrachtung gefährdet sei.

Herr Dr. Lau – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – griff die letzten Ausführungen von Herrn Prof. Schink auf und wies darauf hin, dass am derzeitigen BSAB Lienen unterhalb der Rohstoffqualität CaCO₃ weiterer Kalkstein in minderer Qualität für andere Nutzungen vorhanden sei, der nicht mehr abgebaut werden könne, wenn der BSAB nicht mehr dargestellt werde. Er rege daher an, den BSAB weiterhin auszuweisen, denn aufgrund der Ausschlusswirkung könne ein weiterer Abbau des noch vorhandenen Kalksteins an diesem Standort nicht mehr erfolgen.

Frau Wiering antwortete, dass ein dementsprechendes Anliegen bisher nicht an sie herangetragen worden sei.

Herr Dr. Wolf richtete an Herrn Tigges von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. die Frage, ob es sich bei der Anregung von Herrn Dr. Lau formell um eine Neuanregung des Verfahrensbeteiligten handle, die unter der Anregungsnummer 129-029N wie folgt aufgenommen werden könne: „Es wird angeregt, für die Nutzung anderer Kalksteinvorkommen am Standort Calcis einen BASB darzustellen.“ Er wies zugleich darauf hin, dass die erneute Festlegung eines BSAB an dieser Stelle auch Gegenstand der erneuten Auslegung des Sachlichen Teilplans Kalkstein sein würde.

Auf Nachfrage von Frau Wiering, erklärte Herr Dr. Lau – Berater von vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – eine entsprechende Nutzungsabsicht bestehe derzeit nicht. Vordringlich sei das Anliegen, den Werterhalt der Fläche zu sichern und eine Ausschlusswirkung für einen möglichen Abbau durch ein anderes Unternehmen zu verhindern.

Frau Wiering wies darauf hin, dass eine zeichnerische Festlegung in Lienen dazu führen würde, dass das auf Grundlage der Karten des Geologischen Dienstes berechnete Volumen dieser Qualität von den gleichwertigen BSAB an anderer Stelle abgezogen werden müsse und dort zu einer entsprechenden Verkleinerung der festgelegten BSAB führen werde.

Herr Tigges – Vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – nahm nach kurzer Aussprache mit seinen Beratern von einer Neuanregung Abstand mit der Begründung, dass derzeit kein konkretes Nutzungsinteresse bestehe.

Abschließend stellte Herr Schmied fest, dass zu den Anregungsnummern 060-002, 060-004, 060-006, 115-008, 117-001, 117-002, 128-002, 129-002, 129-003, 129-005, 129-006, 129-007 und 129-008 kein Meinungsausgleich erzielt werden konnte.

Herr Bürgermeister Strietelmeyer – Gemeinde Lienen – erklärte, Anregungsnummer 060-003 sei ein Hinweis. Dieser und der weitere Hinweis 118-001/H wurden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Fiktive Abweichungsprüfung, Anmerkungen zu "ökolog." Gutachten

Einleitend erklärte Frau Wiering, unter diesem Thema seien die Stellungnahmen zusammengefasst, die sich auf eine fiktive Abweichungsprüfung beziehen. Es werde dargestellt, wie das Ergebnis einer Abweichungsprüfung aussehen würde, falls eine Erweiterung des Abgrabungsbereiches notwendig wäre, um der Rohstoffversorgung substantiell Raum zu geben.

Herr Tigges – vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. – wies darauf hin, dass sämtliche Argumente zum Thema Abweichungsprüfung bereits im Rahmen der Abweichungsprüfung für den BSAB der Fa. Dyckerhoff in Lengerich vorgetragen und diskutiert worden seien. Vor diesem Hintergrund sei eine Erörterung einer fiktiven Abweichungsprüfung für Lienen entbehrlich. Er erklärte keinen Meinungsausgleich zu den Anregungsnummern 129-004, 129-009, 129-010, 129-011, 129-012, 129-013, 129-014 und 129-015.

Herr Krasting – LNU – Bürgerinitiative Pro Teuto e.V. – gab zu Protokoll, dass die Naturschutzverbände das Gutachten zur Risikoabschätzung abgrabungsbedingter Auswirkungen auf das Grundwasser und die angrenzenden Quellen ganz erheblich anzweifeln. Er bedauerte, dass die unter den Anregungsnummern 151-026/H, 151-027/H und 151-046/H geäußerten Bedenken lediglich als Hinweise zur Kenntnis genommen worden seien und erklärte hierzu keinen Meinungsausgleich. Er bat um eine abschließende Stellungnahme zu den von den Naturschutzverbänden vorgebrachten Bedenken.

Unter Hinweis auf die zuvor unter dem Thema „Gemeindeübergreifende Aspekte zu Abgrabungen im Teutoburger Wald, u. a. zu "alten" BSAB und damit verbundenen freiraumbezogenen Aussagen“ geführte Diskussion folgte Herr Schmied dieser Bitte nicht. Er wiederholte allerdings seine Zusage, die in dem von LNU - Pro Teuto e.V. beauftragten Rechtsgutachten angesprochenen Punkte bei Vorlage zu prüfen und das Prüfergebnis in der abschließenden Gesamtabwägung zu berücksichtigen.

Abschließend dankte Herr Schmied allen Teilnehmern für die engagierte und konstruktive Diskussion. Das Erörterungsprotokoll werde allen Verfahrensbeteiligten zur Abstimmung zugeleitet. Schon jetzt sei klar, dass eine erneute Auslegung des Sachlichen Teilplans Kalkstein durchzuführen sei, um den Verfahrensbeteiligten sowie der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nach dem heutigen Termin könne festgehalten werden, dass durch die vorgenommenen Änderungen des Planentwurfs keine Grundzüge der Planung mehr berührt werden. Daher könne die erneute Auslegung auf die geänderten zeichnerischen Festle-

gungen der BSAB in Beckum, Ennigerloh und Wettringen, einschließlich der dafür relevanten Teile des Umweltberichts, und auf das textliche Ziel 1.6 mit dazugehöriger Erläuterung begrenzt werden.

Nur zu diesen Änderungen könnten dann Stellungnahmen abgegeben werden. Eine Begrenzung auf die von den Änderungen berührte Öffentlichkeit und berührten öffentlichen Stellen werde es vermutlich aber nicht geben.

Die erneute Auslegung sei für Mitte März bis Mitte April vorgesehen. Darauf werde zu gegebener Zeit im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster und im Internetauftritt der Bezirksregierung hingewiesen.

Gegenwärtig sei es das Ziel, dass der Regionalrat in seiner Junisitzung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Kalkstein entscheide, um danach zügig die Aufstellung bei der Landesplanungsbehörde in die Wege zu leiten. Rechtskräftig werde der Teilplan mit Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW.



Anne Goertz, Protokollführerin